

**Arbeit/Wirtschaft**

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66

**Antrag Nr. 21/II/05**  
**(vertagt vom LPT am 18.06.05)**  
**KVV MarzHell und**  
**Abt. 04/MarzHell**

**21/II/05**  
**Annahme (K)**

**Antragsteller hat den Antrag direkt an den BPT gerichtet**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Die Tarifautonomie stellt einen Grundpfeiler der sozialen Demokratie in Deutschland dar. Sie ist grundgesetzlich geschützt und rechtlich abgesichert. Die Tarifautonomie gibt den Tarifvertragsparteien die Möglichkeit, in freien Verhandlungen die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen auszuhandeln. Ob dies in Flächentarif- oder in Haustarifverträgen geschieht, liegt in der freien Gestaltung der Tarifvertragsparteien.

Mit diesem sozialen Verhandlungssystem wurde in Deutschland ein hoch flexibles und die wirtschaftlichen Entwicklungen berücksichtigendes Gerüst für die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen geschaffen, das den sozialen Frieden in höchstem Maße erreicht.

Die SPD lehnt jede Veränderung der gesetzlichen Grundlagen der Tarifautonomie ab. Dies betrifft sowohl das im Tarifvertragsgesetz niedergelegte Günstigkeitsprinzip wie auch den im Betriebsverfassungsgesetz verankerten Tarifvorrang.

Der Parteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten auf, den Versuchen der Union, die Tarifautonomie zu untergraben, offensiv entgegen zu treten. Die Tarifautonomie darf keine Verhandlungsmasse in parlamentarischen Vermittlungsverfahren oder an anderer Stelle werden.

**Antrag Nr. 22/II/05**  
**(vertagt vom LPT 18.06.05)**  
**KVV MarzHell**

**22/II/05**  
**Erledigt durch Beschlussfassung BPT (K)**

**Antragsteller hat den Antrag direkt an den BPT gerichtet**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Die SPD möge sich für einen Mindeststundenlohn von 7,50 EUR brutto einsetzen.

**Antrag Nr. 23/II/05**  
**(vertagt vom LPT 18.06.05)**  
**KDV CharWilim**

**23/II/05**  
**Beschluss LV vom 19.09.05:**  
**Erledigt durch Regierungshandeln (K)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats, der Bundesregierung, des deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments werden aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass der Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt (Dienstleistungsrichtlinie – KOM (2004) 2 -) zurückgezogen und grundlegend im Sinne des EG-Vertrags überarbeitet wird. Die Rechtsetzung zur Schaffung des europäischen Binnenmarktes für Dienstleistungen muss insbesondere folgende Grundsätze beachten:

1. Vereinbarkeit mit gleichrangigen Zielen der EU wie wirtschaftlichem und sozialem Zusammenhalt, hohem Beschäftigungsniveau und hoher Umweltqualität. Das Herkunftslandprinzip darf nicht die Qualitäts-, Arbeits-, Sozial-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards der Mitgliedsstaaten aushebeln.

- 01 2. Beachtung der mitgliedstaatlichen Kompetenzen. Bil-  
 02 dung, Kultur und audiovisuelle Dienste sind keine Aufga-  
 03 ben der EU und damit kein Regelungsgegenstand.  
 04 3. Klare Abgrenzungen zu den öffentlichen Aufgaben. Da-  
 05 seinsvorsorge und soziale Dienstleistungen müssen wei-  
 06 terhin in staatlicher und kommunaler Verantwortung gere-  
 07 gelt werden.  
 08

**Antrag Nr. 04/III/05**

(vertagt vom LPT am 07.08.05)

**Abt. 13/ Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:**

14  
 15 Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge zur Gesetzgebung  
 16 für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

**1. Arbeitsgemeinschaften (JobCenter)**

17  
 18 Die gemeinsame Betreuung der erwerbsfähigen Empfän-  
 19 ger/innen der Grundsicherung nach dem SGBII durch die  
 20 Kommune und die Bundesagentur für Arbeit (BA), wird wei-  
 21 terentwickelt.  
 22

23 Die SPD setzt sich für eine quantitative und qualitative Reali-  
 24 sierung der vorgesehenen Betreuungsschlüssel ein. Dazu ist  
 25 neben der Bereitstellung des erforderlichen Personals durch  
 26 Kommune und BA ein Qualifizierungskonzept für die Beschäf-  
 27 tigten zu entwickeln, dass sich am tatsächlichem Bedarf ori-  
 28 entiert.

29 Schlussfolgerungen aus der Zusammenarbeit in den JobCen-  
 30 tern und den erzielten Arbeitsergebnissen können, wenn sie  
 31 seriös und aussagekräftig sein sollen, frühestens im I. Quartal  
 32 2006 gezogen werden.

33 Fragen der Rechtstellung der Beschäftigten in den JobCen-  
 34 tern wird eine SPD geführte Bundesregierung mit den DGB  
 35 Gewerkschaften abstimmen und dazu tarifvertragliche Rege-  
 36 lungen anstreben.  
 37

**2. Beiräte in den Arbeitsgemeinschaften**

38  
 39 Die Bildung von Beiräten in den Arbeitsgemeinschaften wird  
 40 im SGBII verankert und damit verbindlich festgelegt. Außer-  
 41 dem sind zumindest Informationsrechte gesetzlich festzu-  
 42 schreiben.  
 43

**3. Arbeitsverwaltung**

44  
 45 Die SPD bekennt sich zur öffentlich rechtlichen Arbeitsver-  
 46 mittlung bei der Bundesagentur für Arbeit auf der Grundlage  
 47 einer paritätisch finanzierten Arbeitslosenversicherung. Sie  
 48 bildet eine unverzichtbare Säule unseres demokratischen und  
 49 sozialen Rechtsstaats.

50 Der Reformprozess mit dem zentralen Element des Kunden-  
 51 zentrums der Zukunft wird fortgesetzt und erfolgreich zum  
 52 Abschluss gebracht.  
 53

**4. Arbeitslosengeld (Alg)**

54  
 55 Die SPD wird die Vertrauensschutzregelung für den Anspruch  
 56 auf das Alg um 11 Monate bis zum 31.12.2006 verlängern.  
 57 Zum 1.1.2007 wird eine Neuregelung erarbeitet, die die Bei-  
 58 tragsäquivalenz stärker als bei der Festlegung durch Hartz III  
 59 in den Vordergrund rückt.  
 60

**5. Zumutbarkeitsregelungen**

61  
 62 Die SPD wird die Zumutbarkeitsbestimmungen für die Auf-  
 63 nahme einer Arbeit ändern. Zukünftig wird sich die Zumutbar-  
 64 keit an tariflichen oder ersatzweise an ortsüblichen Bedingun-  
 65 gen orientieren.  
 66

**04/III/05****Erledigt durch Weiterleitung an BPT (K)****Der Landesvorstand beschließt am 19.09.05:****Weiterleitung an den BPT in folgender Fassung:**

Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge zur Gesetzgebung  
 für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

**1. Zumutbarkeitsregelungen**

Die SPD wird die Zumutbarkeitsbestimmungen für die Auf-  
 nahme einer Arbeit ändern. Zukünftig wird sich die Zumutbar-  
 keit an tariflichen oder ersatzweise an ortsüblichen Bedingun-  
 gen orientieren.

**2. Fortbildung und Umschulung sowie ABM**

Ein großer Anteil der Erwerbslosen hat keinen Berufsab-  
 schluss, nur geringe berufliche Kenntnisse oder keine Berufs-  
 erfahrung. Insbesondere ist das bei jugendlichen Arbeitslosen  
 bis zu 25 Jahren eklatant feststellbar.

Es ist deshalb erforderlich, die Fortbildung und Umschulung  
 sowie ABM als Brücke zum so genannten 1. Arbeitsmarkt  
 stärker anzubieten. Aus Sicht der SPD bedarf es in diesem  
 Bereich besonderer Anstrengungen, um den negativen Ent-  
 wicklungen des Arbeitsmarktes entgegenwirken zu können.

01 **6. Arbeitsgelegenheiten („1,-€ Jobs“)**

02 Arbeitsgelegenheiten können lediglich ein Instrument für  
03 Vermittlungsfachkräfte zur Aktivierung von Langzeitarbeitslo-  
04 sen sein.

05 In Größenordnungen führen sie zum Abbau von sozialversi-  
06 cherungspflichtiger Beschäftigung. Eine Ausweitung ist des-  
07 halb nicht sinnvoll. Die SPD strebt deshalb keine weitere  
08 Erhöhung der Fallzahlen an.

09

10 **7. Fortbildung und Umschulung sowie ABM**

11 Ein großer Anteil der Erwerbslosen hat keinen Berufsab-  
12 schluss, nur geringe berufliche Kenntnisse oder keine Berufs-  
13 erfahrung. Insbesondere ist das bei jugendlichen Arbeitslosen  
14 bis zu 25 Jahren eklatant feststellbar.

15 Es ist deshalb erforderlich, die Fortbildung und Umschulung  
16 sowie ABM als Brücke zum so genannten 1. Arbeitsmarkt  
17 stärker anzubieten. Aus Sicht der SPD bedarf es in diesem  
18 Bereich besonderer Anstrengungen, um den negativen Ent-  
19 wicklungen des Arbeitsmarktes entgegenwirken zu können.

20

21 **8. Offene Stellen**

22 Nur rund 30 % der zurzeit etwa 790.000 Stellen werden durch  
23 Arbeitgeber bei den Agenturen für Arbeit gemeldet. Gleichzei-  
24 tig wird die Bundesagentur für Arbeit reformiert, damit der  
25 Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt optimiert werden kann. Die  
26 Agenturen für Arbeit sollen zukünftig besser in die Lage ver-  
27 setzt werden, um sich dieser Herausforderung stellen zu  
28 können. Die SPD wird aus diesem Grund Arbeitgeber ver-  
29 pflichten, freie sozialversicherungspflichtige Ausbildungs- und  
30 Arbeitsplätze bei den Agenturen zu melden. Auch die Arbeit-  
31 geber müssen schließlich ein großes Interesse daran haben,  
32 die bestmöglichen Voraussetzungen für die Vermittlung zu  
33 schaffen, damit Arbeitsverhältnisse begründet und Arbeitslo-  
34 sigkeit dadurch abgebaut werden kann.

35

36 **Antrag Nr. 01/III/05**37 **(vertagt vom LPT 07.08.05)**38 **Abt. 09/Neukölln**39 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

40 Die sozialdemokratischen Mitglieder in Abgeordnetenhaus,  
41 Senat, Bezirksämtern und Bezirksverordnetenversammlun-  
42 gen werden aufgefordert, sich für eine zukunftsfähige Strate-  
43 gie für die Berliner Grünflächenämter und die weiterhin aus-  
44 reichende Finanzierung einzusetzen. Die vorhandenen Ar-  
45 beitsplätze im öffentlichen Dienst sind zu sichern, um die  
46 Kompetenzen der MitarbeiterInnen vor Ort zu nutzen und zu  
47 erhalten.

48

49 **Antrag Nr. 02/III/05**50 **(vertagt vom LPT 07.08.05)**51 **Abt. 09/StegZehl**52 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- 53 • Bei Empfängern von ALG II soll die Rezeptgebühr und die  
54 Praxisgebühr wegfallen.
- 55 • Jeder Arbeitslose muss Krankenversicherungsschutz  
56 genießen, auch wenn er keine Leistungen der Arbeits-  
57 agentur bezieht, weil er mit einem Partner zusammenlebt.  
58 Außerdem muss dieser Personenkreis alle Fördermaß-  
59 nahmen erhalten.
- 60 • Jeder, der ALG II bezieht, soll, solange es 1€-Jobs gibt,  
61 eine Wahlmöglichkeit zwischen drei Jobs haben. Die Zu-  
62 verdienstregelung sollte neu gestaltet werden, damit es  
63 einen größeren Anreiz gibt zu arbeiten.

64

65

66

01/III/05

Überweisung an AG der Fraktionsvorsitzenden (K)

02/III/05

Überweisung an BT-Fraktion (K)

- 01 **Antrag Nr. 02/IV/05** 02/IV/05  
 02 **Abt. 04/ MarzHell** Ablehnung (K)  
 03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 04 Die zuständigen Stellen beim Bezirk und beim Land Berlin  
 05 werden ersucht, sich mit den Job-Centern ins Einvernehmen  
 06 zu setzen, um die Mittel für MAE (Mehraufwandsentschädi-  
 07 gung)-Jobs herunterzufahren und diese Mittel als Eingliede-  
 08 rungsmittel für Arbeitsplätze auf dem Ersten Arbeits-  
 09 markt zur Verfügung zu stellen.  
 10  
 11 **Antrag Nr. 03/IV/05** 03/IV/05  
 12 **Abt. 04/ MarzHell** Überweisung an BT-Fraktion (K)  
 13 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 14 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
 15 Die SPD spricht sich vehement gegen eine Erhöhung der  
 16 Mehrwertsteuer aus. Denn alle Bürger, die keiner sozialversi-  
 17 cherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, werden da-  
 18 durch nur belastet.  
 19  
 20 **Antrag Nr. 04/IV/05** 04/IV/05  
 21 **Abt. 05/ MarzHell** Überweisung an FA X / Wirtschaft und Arbeit (K)  
 22 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 23  
 24 **Sonderprogramm „Politik für Klein- und Kleinstunter-**  
 25 **nehmen“**  
 26  
 27 In der Berliner Wirtschaft bilden Klein- und Kleinstunterneh-  
 28 men mit weniger als zehn Beschäftigten das dominante  
 29 Kennzeichen der Wirtschaftsstruktur. Nach Angaben des  
 30 Unternehmensregisters vom Mai 2004 des Statistischen Lan-  
 31 desamtes von Berlin sind 83% der Berliner Unternehmen der  
 32 Gruppe der Kleinstunternehmen mit weniger als 10 Beschäf-  
 33 tigten zu zurechnen. Zählt man zu dieser Gruppe der Kleinst-  
 34 betriebe noch die Gruppe der kleinen Mittelstandsbetriebe mit  
 35 11 bis 49 Beschäftigten hinzu, so repräsentiert diese Gruppe  
 36 der Klein- und Kleinstunternehmen (ca. 65400 Unternehmen)  
 37 bereits 96 % aller Berliner Unternehmen.  
 38  
 39 Klein- und Kleinstunternehmen prägen fast vollständig die  
 40 Wirtschaftsstruktur Berlins. Dies spiegelt sich auch in der  
 41 Gliederung der Unternehmen nach ihren Jahresumsätzen  
 42 wider. Nach einer Analyse (2004) der Investitionsbank von  
 43 Berlin zum Umsatz und zur Umsatzsteuer der Berliner Unter-  
 44 nehmen für das Jahr 2001 wiesen 79% der Berliner Betriebe  
 45 einen Jahresumsatz von weniger als 250.000 Euro aus und  
 46 insgesamt 92% der Unternehmen einen Umsatz von weniger  
 47 als 1 Million Euro. Diese nahezu vollständige Dominanz von  
 48 Klein- und Kleinstbetrieben in der Berliner Wirtschaft ist der  
 49 Grund, dass diese künftig in das Zentrum der SPD-  
 50 Wirtschaftspolitik rücken.  
 51  
 52 Die Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen für die KMUs  
 53 sowie die Soziale Grundsicherung für ihre Inhaber, für die  
 54 Freiberufler und Selbständigen ist der Ausgangspunkt für die  
 55 grundlegende Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung in  
 56 Berlin. Daher stehen folgende Themenbereiche im Vorder-  
 57 grund:  
 58  
 59 **Gesundheit**  
 60 Es muss eine generelle Versicherungspflicht zur Kranken-  
 61 und Pflegeversicherung gesetzlich eingeführt werden. Dies  
 62 bedeutet im Umkehrschluss die Aufnahmepflicht aller Bürge-  
 63 rinnen und Bürger, also auch Freiberufler und Selbständige,  
 64 in die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung. Die Bei-  
 65 tragsbemessungsgrundlage muss künftig erzielten Jahresein-  
 66 kommen eines Selbständigen entsprechen und darf nicht wie

01 bisher von einem fiktiven monatlichen Mindestgewinn von  
02 1811 Euro als Mindestbeitragsbemessung ausgehen. Das  
03 tatsächlich erzielte Einkommen jedes Selbständigen muss  
04 auch den Maßstab für Rückerstattungen bei zuviel gezahlten  
05 Beiträgen bilden. Der Mindestbetrag sollte in der Höhe wie bei  
06 einem Arbeitslosengeld II – Empfänger angesetzt werden. Bei  
07 Existenzgründern sollte dieser Mindestbeitrag für die ersten  
08 drei Jahre pauschal erhoben werden. Diese dargelegten  
09 Grundsätze sind künftig bei der Einführung einer Bürgerversi-  
10 cherung mit einzubeziehen.

#### 11 12 **Altersvorsorge**

13 Selbständige, die ihre Altersvorsorge im Rahmen einer Ren-  
14 tenversicherung freiwillig versichern, müssen wie gesetzlich  
15 versicherte Arbeitnehmer vor Altersarmut geschützt werden,  
16 deren gesetzliche Rente von Pfändung und Vollstreckungs-  
17 maßnahmen gesetzlich verschont bleiben. Die Pfändungs-  
18 freiheit freiwilliger Rentenversicherungen von Selbständigen  
19 ist in der Höhe wie die gesetzliche Rente bis zur Beitragsbe-  
20 messungshöchstgrenze geregelt werden.

21  
22 **Wettbewerbspolitik** Die bei der EU verhandelte Dienstlei-  
23 stungsrichtlinie ist dahingehend zu korrigieren, dass nicht die  
24 Sozial- und Lohnstandards des Herkunftslandes, aus dem die  
25 Dienstleister kommen, sondern das Bestimmungsland, in dem  
26 die Dienstleistungen erbracht werden, maßgeblich sind. Ge-  
27 rade für KMUs ist der Schutz vor Sozial- und Lohndumping  
28 durch Billigdienstleister aus anderen EU-Ländern eine Frage  
29 der Existenz.

30  
31 Im Kampf gegen die Schwarzarbeit könnten auch steuerliche  
32 Anreize einen wirksamen Beitrag leisten. So ist die steuerli-  
33 che Abzugsfähigkeit aller Reparatur-, Instandhaltungs- und  
34 Modernisierungsmaßnahmen bei Wohnungen und Häusern  
35 durch entsprechenden Rechnungsnachweis nicht nur ein  
36 wirksames Mittel zur Zurückdrängung der Schwarzarbeit,  
37 sondern auch ein nachhaltiger Impuls zur dringend nötigen  
38 Belebung der Binnennachfrage auf den lokalen und regiona-  
39 len Märkten der Handwerks und der KMUs.

40  
41 Zur Verbesserung der Bestandspflege werden künftig auch  
42 den bestehenden KMUs Lohnkostenzuschüsse für die Schaf-  
43 fung zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze  
44 gewährt. Möglichen Missbräuchen durch vorgelagerte Kündi-  
45 gung von Arbeitnehmern vor Förderbeginn sind durch geeig-  
46 nete Gestaltung der Förderbedingungen auszuschließen.

47  
48 Öffentliche Auftragsvergaben des Berliner Senats und der  
49 landeseigenen Betriebe sind künftig in kleinen Losen auszu-  
50 schreiben und zu vergeben, damit auch Berliner KMUs bes-  
51 sere Möglichkeiten bekommen, selbst oder im kooperativen  
52 Verbund mit anderen Kleinunternehmern öffentliche Aufträge  
53 zu erhalten.

54  
55 Der Berliner Senat wird beauftragt, ein Konzept für den Aus-  
56 bau der zu Beginn der 90er Jahre gegründeten Technologie-  
57 zentren wie z.B. Adlershof und Buch zu erarbeiten. Gerade  
58 innovative Firmengründungen benötigen für den wirtschaftli-  
59 chen Erfolg eine vernetzte Struktur zwischen Wissenschaft  
60 und Wirtschaft. Den sich erfolgreichen entwickelnden Techno-  
61 logiezentren in Berlin muss eine solide räumliche Wachs-  
62 tumsperspektive für die Zukunft eröffnet werden.

63  
64  
65  
66

01 **Entbürokratisierung**

02 Künftige Gesetzesvorhaben sind prinzipiell hinsichtlich ihrer  
03 praktischen Folgen für den damit verbundenen bürokrati-  
04 schen Aufwand bei KMUs zu überprüfen (Gesetzesfolgenab-  
05 schätzung). Über die Entwicklung des entstandenen bürokrati-  
06 schen Aufwandes ist im Gesetzesvollzug regelmäßig Bericht  
07 zu erstatten.

08  
09 Zur Erhöhung der Transparenz hinsichtlich der geltenden  
10 gesetzlichen Anforderungen sollen für Wirtschaftszweige mit  
11 einem hohen Anteil an Inhabergeführten KMUs sämtliche  
12 Gesetze und Rechtsvorschriften im Sinne eines Branchen-  
13 kompendiums zusammengefasst und zur Information von  
14 Existenzgründern, Betriebsübernehmern und Betriebsinhab-  
15 ern zur Verfügung gestellt werden.

16  
17 Genehmigungsverfahren für Gaststätten und Kleinbetriebe  
18 sind künftig auf eine Maximale Bearbeitungsdauer von drei  
19 Monaten zu verkürzen. Sobald diese Frist überschritten ist,  
20 gilt die Genehmigung als erteilt.

21  
22 Der Berliner Senat gibt in einem zweijährigen Berichtsrhyth-  
23 mus einen Überblick über die wirtschaftliche Situation der  
24 KMUs. In diesen Bericht soll Aufschluss über die wirtschaftli-  
25 che Entwicklung und Perspektiven der mittelständischen  
26 Wirtschaft, über Stand und Erfolg der ergriffenen Maßnahmen  
27 zum Bürokratieabbau und über die Partizipation der KMUs bei  
28 der Vergabe öffentlicher Aufträge im Berichtszeitraum ge-  
29 geben werden (Mittelstandsbericht)

30  
31 **Antrag Nr. 05/IV/05**32 **AfA-Landesarbeitnehmerkonferenz**33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

34 Die Berliner SPD setzt sich für die Aufhebung des Beschlus-  
35 ses zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe ein,  
36 durch das kommunales Eigentum an private Konzerne ver-  
37 kauft wurde, und ergreift im Abgeordnetenhaus und Senat  
38 sofort entsprechende Maßnahmen. Alle Bürger und Bürgerin-  
39 nen haben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge das  
40 Recht auf Zugang zum Lebensmittel Nr. 1, dem Wasser.

41  
42 Infolge der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe  
43 werden die Berliner Bürger und Bürgerinnen mit kräftigen  
44 Preiserhöhungen belastet, damit die Renditeversprechen des  
45 Senates an die privaten Betreiber REW und Veolia bedient  
46 werden können. Nach Preiserhöhungen von mehr als 20% in  
47 den letzten beiden Jahren droht jetzt ein weiterer Anstieg um  
48 bis zu 5 %.

49  
50 Das ist ebenso wenig hinzunehmen wie die Verluste des  
51 öffentlichen Haushalts des Landes Berlin dadurch, dass ein  
52 Teil seines Gewinns in 2-stelliger Millionenhöhe an die priva-  
53 ten Betreiber geht.

54  
55 Die ausschließliche Verantwortung des Landes Berlins für die  
56 BWB wird sofort wieder hergestellt. Das Land trägt die Ver-  
57 antwortung für die Finanzierung des Rechts für alle Bürger  
58 und Bürgerinnen auf die Versorgung mit Wasser zu für alle  
59 bezahlbaren Preisen durch den öffentlichen Haushalt.

60  
61 **Antrag Nr. 06/IV/05**62 **AfA-Landesarbeitnehmerkonferenz**63 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

64 Die bisherige Kostenverteilung bei den Berliner Wasserbe-  
65 trieben ist beizubehalten; die Einführung eines Grundpreises  
66 wird abgelehnt.

## 05/IV/05

Annahme i. d. F. d. AK:

(K)

Die Abgeordnetenhausfraktion und die sozialdemokratischen  
Senatsmitglieder werden aufgefordert zu prüfen, unter wel-  
chen Bedingungen die Teilprivatisierung der BWB rückgängig  
gemacht werden kann und bis April 2006 darüber Bericht zu  
erstatten.

(Antragstext ist Begründung)

## 06/IV/05

Annahme (K)

## Bundeswehr

Antrag Nr. 29/II/05  
(vertagt vom LPT 18.06.05)

Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

29/II/05

Behandlung auf einem Landesparteitag mit Schwerpunkt  
„Bundeswehr/Wehrpflicht“ nach den Abgeordnetenhaus-

wahlen 2006

(K)

### Für eine moderne Bundeswehr

Die zukünftige Wehrverfassung wird in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen ist das notwendig und sinnvoll. Zentrales Thema ist die Zukunft der Wehrpflicht. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten führen die Debatte mit der Bedeutung des Themas angemessenem Ernst und mit Gründlichkeit.

Die Bundeswehr leistet unverzichtbare Dienste für die Sicherheit. Wir wissen um den Wert und die Notwendigkeit der Verteidigung und halten daran unabhängig von der konkreten Wehrform fest.

Die Bindung der Bundeswehr an den Deutschen Bundestag stellen wir in keinem Fall in Frage. Die Bundeswehr muss Parlamentsarmee bleiben. Auch das Amt des/der Wehrbeauftragten bleibt erhalten. Zur gesellschaftlichen Verankerung gehört das Konzept der Inneren Führung, das insbesondere von Sozialdemokraten unterstützt worden ist, der „Staatsbürger in Uniform“ ist unser Leitbild für die Soldatinnen und Soldaten.

Die Bundesrepublik hat gute Erfahrungen mit der Wehrpflicht gemacht. Gleichwohl wissen wir, dass gesellschaftliche Verpflichtungen vom Staat nur abverlangt werden können, wenn sie gerecht organisiert und gesellschaftlich akzeptiert werden. Inzwischen geht nur noch eine Minderheit der Wehrpflichtigen zur Bundeswehr. Diese Situation ist wiederholt von Gerichten als verfassungskonform beurteilt worden. Jedoch wird gesellschaftlich die Frage nach der Wehr- und Dienstgerechtigkeit deutlich gestellt. Gleichzeitig bewegt uns die Sorge, ob die Bundeswehr ohne Wehrpflicht in der vorbildlichen Weise der letzten Jahrzehnte gesellschaftlich verankert und Zuverlässigkeit sowie Qualität der Leistungen der Bundeswehr gewährleistet bleiben könnte.

Dies macht einen zentralen Teil des Spannungsverhältnisses in der Debatte über die Wehrpflicht aus. Es ist Aufgabe der SPD, Anforderungen an die Bundeswehr und gesellschaftliche Akzeptanz der Wehrform wieder in Übereinstimmung zu bringen.

Wir wissen um den wichtigen Aspekt des Zivildienstes in dieser Debatte. Der Ersatzdienst begründet jedoch nicht die Wehrpflicht. Unabhängig von dieser Diskussion setzt sich die SPD für die Stärkung freiwilliger Dienste in der und für die Gesellschaft ein. Eine allgemeine Dienstpflicht lehnt die SPD ab.

Eine Entscheidung über die Zukunft der Wehrpflicht muss auf folgenden Veränderungen aufbauen, die sich seit dem Fall der Berliner Mauer und der Implosion des Warschauer-Pakt-Systems seit 1989 ergeben haben:

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66

01 Die Bedrohungslage Deutschlands und Europas und damit  
 02 verbunden auch die Aufgabenstellung der Bundeswehr haben  
 03 sich grundlegend verändert. Auftrag und Einsatzfähigkeit der  
 04 Bundeswehr sind nicht mehr durch die Fähigkeit zur  
 05 Landesverteidigung, idealtypisch ausgestaltet in der Abwehr  
 06 eines Angriffs einer konventionellen Massenarmee gegen  
 07 Mitteleuropa bestimmt, sondern maßgeblich durch die  
 08 Fähigkeit zu Einsätzen außerhalb des Bündnisgebiets.  
 09

10 Die von dem neuen Auftrag bestimmte Wehrstruktur ist  
 11 geprägt durch eine seitdem geringere und sinkende  
 12 Präsenzstärke, einen dementsprechend geringeren  
 13 Rekrutierungsbedarf, aber deutlich höhere und inhaltlich  
 14 veränderte qualitative Anforderungen an die Angehörigen der  
 15 Streitkräfte.  
 16

17 In Würdigung dieser veränderten Rahmenbedingungen muss  
 18 der zu fassende Beschluss zur Zukunft der Wehrpflicht  
 19 stimmige Antworten auf folgende Einzelfragen („Prüfsteine“)  
 20 geben:  
 21

- 22 • eine überzeugende sicherheitspolitische und
- 23 verfassungsrechtliche Legitimation der Wehrform, eine
- 24 gleichwertige und gerechte Beteiligung aller Bürgerinnen
- 25 und Bürger an den Lasten der Verteidigung und die
- 26 Sicherung der Gleichberechtigung der Geschlechter im
- 27 Bereich der Wehrverfassung
- 28 • die Sicherstellung der veränderten Einsatzanforderungen
- 29 durch die Wehrstruktur
- 30 • die Sicherstellung der Rekrutierung von Zeit- und
- 31 Berufssoldaten in qualitativer wie quantitativer Hinsicht
- 32 • die Sicherstellung der Rekonstitutions- und
- 33 Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr bei einer veränderten
- 34 Bedrohungslage einschließlich des Aufbaus eines
- 35 qualitativ und quantitativ ausreichenden Potentials an
- 36 Reservisten
- 37 • die Berücksichtigung der Finanzierbarkeit einer Armee,
- 38 welche den neuen Einsatzanforderungen genügt
- 39 • die weitere Wahrnehmung der vom Zivildienst
- 40 abgedeckten sozialen Dienste
- 41 • die Verankerung des demokratischen Charakters der
- 42 Bundeswehr und der Integration der Streitkräfte in die
- 43 demokratische Gesellschaft
- 44 • Die Sicherstellung der Fähigkeit der Bundeswehr zur
- 45 Integration in eine zukünftige europäische Armee.  
 46

#### 47 Variante 1

##### 48 **Für die Beibehaltung der Wehrpflicht spricht:**

- 49 1. Die Wehrpflicht macht die Erfüllung sicherheits- und ver-
- 50 teidigungspolitischer Aufgaben zu einer staatlichen Aufga-
- 51 be aller Bürger. Zu diesen sich international stellenden
- 52 Aufgaben zählen heute vorrangig Sicherung, Stabilisie-
- 53 rung und Schutz in Ausführung von VN-mandatierten
- 54 Einsätzen. Die Notwendigkeit einer klassischen Landes-
- 55 verteidigung zeichnet sich derzeit nicht ab. Dennoch müs-
- 56 sen sich die Streitkräfte darauf vorbereiten, für Unwägbar-
- 57 keiten im sicherheitspolitischen Umfeld vorzusorgen, zu
- 58 denen auch die Bewältigung asymmetrischer Konfliktlagen
- 59 gehören kann. Die sorgsame Wahrung der Aufwuchsfäh-
- 60 igkeit ist dafür von erheblicher Bedeutung.  
 61
- 62 2. Die Fähigkeit, Streitkräfte im Fall der Notwendigkeit
- 63 schnell wiederaufzubauen, wird nur in einer Wehrpflicht-
- 64 armee erhalten.  
 65  
 66



- 01 3. Die Abschaffung der Wehrpflicht wäre, auch wenn man sie  
02 zunächst als Aussetzung praktizierte, unumkehrbar.  
03
- 04 4. Streitkräfte, die zu einem erheblichen Teil aus Wehrpflich-  
05 tigen bestehen, eröffnen die Chance, einen möglichst brei-  
06 ten Querschnitt der Bevölkerung aufzunehmen. Ramboty-  
07 pen und Waffennarren oder Rechtsradikale sind nur unter  
08 diesen Umständen nicht überproportional vertreten. Die  
09 Wehrpflicht bietet zudem den entscheidenden Vorteil, wie  
10 eine „Probezeit“ für beide Beteiligten zu fungieren: Die  
11 Streitkräfte können sich davon überzeugen, ob der Wehr-  
12 pflichtige auch für längere Zeit in den Streitkräften die ge-  
13 suchten Fertigkeiten und Qualifikationen mitbringt, und  
14 dies kann sich der Wehrpflichtige auch im Lichte der eigen-  
15 en Erfahrungen überlegen. Diese Erfahrungszeit macht  
16 die getroffenen Entscheidungen besser.  
17
- 18 5. In einer immer stärker auseinander driftenden Gesellschaft  
19 bietet die Wehrpflicht- wie auch die Ersatzdienstzeit jun-  
20 gen Leuten die Chance, trotz unterschiedlicher Herkunft  
21 und vielfältiger Lebensentwürfe die uns allen gemeinsa-  
22 men Verfassungswerte zu erfahren und zu leben. Junge  
23 Männer ganz unterschiedlicher Schulbildung haben in der  
24 Wehrdienstzeit oft zum ersten Mal im Leben die Gelegen-  
25 heit, gemeinsam etwas zu bewältigen und sich konkreten  
26 Aufgaben zu stellen. Mit Umsetzung des EUGH-Urteils ist  
27 Frauen der gleichberechtigte Zugang zur Bundeswehr ga-  
28 rantiert. Die alleinige Heranziehung von Männern zur  
29 Wehrpflicht ist gerecht. Die besonderen Leistungen der  
30 Frauen in der und für die Gesellschaft sind unumstritten.  
31
- 32 6. Die Dienstform der Wehrpflicht ist am besten geeignet, die  
33 öffentliche Aufmerksamkeit für alle Themen zu erhalten,  
34 die mit Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Solda-  
35 ten zu tun haben. Die Wehrpflicht sorgt für ein besseres  
36 Grundverständnis in den betroffenen Familien, trägt zur  
37 Verklammerung mit der Gesellschaft insgesamt und damit  
38 zur breiteren Akzeptanz der Streitkräfte bei. Sie sorgt um-  
39 gekehrt auch dafür, dass Bedenken und berechtigte Kritik  
40 in die Streitkräfte hineingetragen werden.  
41
- 42 7. Die Wehrpflicht ist ein institutioneller Garant für die gelten-  
43 de (Militär-)Kultur der Zurückhaltung in internationalen  
44 Einsätzen der Bundeswehr, die zu ihrem Markenzeichen  
45 seit den frühen 1990er Jahren geworden ist. Diese gilt es  
46 unter allen Umständen zu erhalten.  
47
- 48 8. Die Dienstform der Wehrpflicht garantiert am besten den  
49 selbstbewusst staatsbürgerlichen Umgang der Bundes-  
50 wehrangehörigen miteinander, die Praxis der Inneren Füh-  
51 rung und den auf Auftragstaktik gerichteten Führungsstil.  
52 Die Wehrpflicht verhindert eine Privatisierung von si-  
53 cherheits- und verteidigungspolitischer Aufgabenerfüllung  
54 und damit eine Entsorgung aus der Mitte der Gesellschaft;  
55 damit bleibt auch die parlamentarische Hemmschwelle  
56 möglichst hoch, dem Einsatz von deutschen Streitkräften  
57 zuzustimmen.
- 58 9. Die Wehrpflicht ermöglicht eine deutlich kostengünstigere  
59 und bessere Rekrutierung neuer länger dienender Solda-  
60 ten, als es die Freiwilligenarmeen in anderen Staaten der-  
61 zeit gewährleisten. Die Freiwilligenarmeen in Europa ha-  
62 ben große Schwierigkeiten bei der Gewinnung qualifizier-  
63 ten Nachwuchses. Streitkräfte mit Wehrpflichtigen-  
64 Anteilen sind die intelligenteren Streitkräfte. Im Hinblick  
65 auf ihren Querschnitt an Grundfertigkeiten, politischem  
66

01 Grundverständnis und Reflexionsvermögen sowie mit  
 02 ihren recht frisch erworbenen Ausbildungskennntnissen  
 03 können die Wehrpflichtigen am ehesten den gewachse-  
 04 nen Anforderungen moderner Streitkräfte gerecht werden.  
 05 Eine flexible Einberufung birgt große Vorteile bei der  
 06 Nachwuchsgewinnung; sie ist pragmatischen Nutzener-  
 07 wägungen gegenüber prinzipiell offen.  
 08

09 10. Streitkräfte mit einem erheblichen Wehrpflichtigen-Anteil  
 10 sind kostengünstiger. Dies ist der wesentliche Grund, wa-  
 11 rum die neuen NATO-Mitgliedsstaaten zumeist bei der  
 12 Wehrpflicht bleiben; die Nachwuchssuche wie in Freiwilli-  
 13 genstreitkräften notwendig wäre für sie unbezahlbar. Im  
 14 Übrigen bringen junge Männer, die bei den Streitkräften  
 15 oder in Ersatzdiensten Erfahrungen gesammelt haben, ei-  
 16 ne Reife ins Berufsleben mit, die sich auch volks- bzw. be-  
 17 triebswirtschaftlich rechnet.  
 18

19 11. Professionalität und Wehrpflicht passen zusammen. Ge-  
 20 rade Wehrpflichtige bringen Erfahrungen und Kenntnisse  
 21 ein, die für komplexe und moderne Streitkräfte unverzicht-  
 22 bar sind. Ein umfangreicher Teil der internationalen Ein-  
 23 sätze deutscher Soldaten war durch eine Verpolizeili-  
 24 chung der soldatischen Rollen gekennzeichnet; Fähigkei-  
 25 ten zur Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung vor Ort, zur  
 26 Moderation und zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit ein-  
 27 gesetzter Mittel sind von ausschlaggebender Bedeutung.  
 28 Dieses Verständnis von Professionalität wird zunehmend  
 29 zu einem Markenzeichen deutscher Soldaten; es wird  
 30 durch die Wehrpflichtigen forciert.  
 31

32 12. Die internationale Zusammenarbeit von Streitkräften ist  
 33 nicht von einer bestimmten Wehrform abhängig. Dies ha-  
 34 ben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt.  
 35

36 13. Die sozialdemokratische Prägung der Verteidigungspolitik  
 37 in der Bundesrepublik – die parlamentarische Berufung  
 38 eines/r Wehrbeauftragten und die starke parlamentarische  
 39 Kontrolle – waren Grundbedingung für die Zustimmung  
 40 der SPD zur Aufstellung der Bundeswehr Mitte der 1950er  
 41 Jahre. Beides war nur im Zusammenhang mit der Wehr-  
 42 pflicht gedacht und denkbar. Diese Tradition gilt es zu  
 43 wahren.  
 44

45 Wir fordern die Bundesregierung und die sozialdemokrati-  
 46 schen Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, sich  
 47 für die Beibehaltung und die angemessene Ausgestaltung der  
 48 Allgemeinen Wehrpflicht zu entscheiden.  
 49

## 50 **Variante 2**

### 51 **Für die Einführung einer Freiwilligenarmee spricht:**

52 • Durch den Wegfall der Blockkonfrontation besteht für das  
 53 Territorium der Bundesrepublik Deutschland keine  
 54 unmittelbare Bedrohung mehr, die militärisch angemessen  
 55 mit der Wehrpflicht beantwortet werden könnte. Auch der  
 56 sog. „Kampf gegen den Terrorismus“ kann die Allgemeine  
 57 Wehrpflicht nicht rechtfertigen, denn dieser ist vorrangig  
 58 eine Aufgabe von Polizei und Justiz. Internationale  
 59 Konfliktverhütung und Krisenprävention sind für deutsche  
 60 Streitkräfte auf absehbare Zeit die wahrscheinlichsten  
 61 Aufgaben. Wehrpflichtige kommen für diese Einsätze  
 62 jedoch – auch aus verfassungsrechtlichen Gründen –  
 63 nicht in Betracht und werden dort auch nicht eingesetzt.  
 64 Für Wehrpflichtige existiert damit kein originäres  
 65 militärisches Aufgabenfeld mehr. Es gibt keine  
 66

- 01 Bedrohung des Territoriums der Bundesrepublik  
02 Deutschland mehr, die die spezifische Wehrform der  
03 Wehrpflicht als Rekrutierungsinstrument für Massen-  
04 armeen noch erforderlich macht.
- 05 1. Dies wirkt sich auch unmittelbar auf die Legitimation der  
06 Wehrpflicht aus. Die Gerichte haben sich aus guten  
07 Gründen in der rechtlichen Bewertung der Wehrpflicht  
08 zurückgehalten und klar den politischen  
09 Entscheidungsspielraum in dieser Frage betont. Das  
10 Erfordernis ausreichender Legitimation und  
11 gesellschaftlicher Akzeptanz der Wehrpflicht bleibt von der  
12 rechtlichen Bewertung jedoch unberührt.  
13
- 14 2. Schon 1995 meinte der damalige Bundespräsident und  
15 ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts,  
16 Roman Herzog: „Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in  
17 die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass ihn der  
18 demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die  
19 äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet. Sie ist  
20 also kein allgemeingültiges Prinzip, sondern sie ist auch  
21 abhängig von der konkreten Sicherheitslage.“ Angesichts  
22 der veränderten Sicherheitslage kann die Wehrpflicht als  
23 staatlicher Zwangsdienst nicht mehr legitimiert werden.  
24
- 25 3. Neben diesem Zwangscharakter entzieht auch die  
26 schwindende Wehrgerechtigkeit der Wehrpflicht ihre  
27 gesellschaftliche Legitimation. Faktisch ist die Allgemeine  
28 Wehrpflicht schon abgeschafft und in einen  
29 Auswahlwehrdienst umgewandelt worden. Bei der  
30 geplanten Bundeswehrstärke von 250.000 Soldaten mit  
31 55.000 Wehrdienstleistenden können nur noch ca. 15%  
32 eines Jahrgangs (ca. 400.000) zum Wehrdienst  
33 eingezogen werden. Der ursprüngliche Regelfall ist zum  
34 Ausnahmefall geworden.  
35
- 36 4. Die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht gelingt nur noch,  
37 weil ein Großteil der Wehrpflichtigen verweigert und  
38 Zivildienst leistet. Doch selbst bei Berücksichtigung der  
39 Zivildienstleistenden werden zukünftig diejenigen, die  
40 überhaupt einen Dienst ausüben, in der Minderheit sein.  
41
- 42 5. Die Sozialdemokratie, für die die Pflichtengleichheit aller  
43 Bürgerinnen und Bürger zum Kern ihres Programms  
44 gehört, könnte angesichts dieser Ungerechtigkeit das  
45 Festhalten an der Wehrpflicht nicht ohne Beschädigung  
46 der eigenen Glaubwürdigkeit durchhalten.  
47
- 48 6. Die wachsende Beteiligung von Frauen in der  
49 Bundeswehr in allen Funktionsbereichen wirft die Frage  
50 auf, ob eine ausschließlich auf Männer beschränkte  
51 Wehrpflicht den Grundsatz der Gleichberechtigung  
52 erfüllen kann. Die Wehrpflicht ist kein taugliches  
53 Instrument, um nach wie vor bestehende  
54 Benachteiligungen von Frauen in anderen  
55 Gesellschaftsbereichen auszugleichen.  
56
- 57 7. Gleichzeitig steht eine auf Männer beschränkte  
58 Wehrpflicht dem gleichberechtigten Zugang der  
59 Geschlechter zur Bundeswehr entgegen. Nur eine  
60 Freiwilligenarmee kann den gleichberechtigten Zugang  
61 beider Geschlechter gewährleisten.  
62  
63  
64  
65  
66

- 01 8. Für das künftige Aufgabenspektrum der Bundeswehr ist  
02 hervorragend qualifiziertes und hochmotiviertes Personal  
03 erforderlich, das in der Lage ist, in einem komplexer  
04 gewordenen sicherheitspolitischen Umfeld zu agieren.  
05 Diese Anforderungen sind durch Wehrpflichtige, die einen  
06 9monatigen Wehrdienst ableisten, in keiner Hinsicht  
07 erfüllbar.  
08
- 09 9. Die Beibehaltung der Wehrpflicht mit dem Argument einer  
10 kostengünstigen Nachwuchsgewinnung von Zeit- und  
11 Berufssoldaten ist als Legitimationsbasis für die  
12 Allgemeine Wehrpflicht zu schwach. Die Bundeswehr  
13 muss – wie andere Arbeitgeber auch – durch attraktive  
14 Gehaltsstrukturen, Aufstiegs- und  
15 Ausbildungsmöglichkeiten qualifizierten Nachwuchs über  
16 den Arbeitsmarkt gewinnen. Der sinkende Anteil der  
17 Wehrpflichtigen führt außerdem bereits jetzt dazu, dass  
18 die Wehrpflicht als Rekrutierungsinstrument an Bedeutung  
19 verliert.  
20
- 21 10. Eine gravierende Veränderung der sicherheitspolitischen  
22 Rahmenbedingungen ist derzeit nicht zu erwarten, kann  
23 aber nicht für alle Zukunft ausgeschlossen werden. Für  
24 den Fall einer Verschlechterung der Sicherheitslage kann  
25 die Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr über Reservisten  
26 sichergestellt werden. Das Reservistenpotenzial ist dabei  
27 über die Festlegung der Verpflichtungszeiten der  
28 Zeitsoldaten zu steuern. Hierbei sollen auch kürzere  
29 Verpflichtungszeiten angeboten werden.  
30
- 31 11. Wir wollen die Wehrpflicht nicht gänzlich abschaffen,  
32 sondern lediglich einfachgesetzlich aussetzen. Die  
33 Wiedereinführung der Wehrpflicht im Krisenfall bleibt  
34 damit prinzipiell möglich.  
35
- 36 12. Aufgrund der geringeren Einsatzmöglichkeiten von  
37 Wehrpflichtigen kommt eine Freiwilligenarmee mit weniger  
38 Personal aus, um die notwendigen militärischen Aufgaben  
39 erfüllen zu können, und ist im Ergebnis nicht teurer. Für  
40 die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht wären hingegen ein  
41 hoher Verwaltungsaufwand und eine kostenintensive  
42 Erfassungsstruktur wie z.B. Kreiswehrrersatzämter  
43 notwendig, deren Kosten bei einer Freiwilligenarmee  
44 eingespart werden können.  
45
- 46 13. Neben den betriebswirtschaftlichen Kosten sind auch die  
47 erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten der Allgemeinen  
48 Wehrpflicht wie Verdienst- und Steuerausfälle zu  
49 berücksichtigen. Schließlich leistet die Aussetzung der  
50 Wehrpflicht einen wichtigen Beitrag zur Verkürzung der  
51 Ausbildungszeiten in Deutschland.  
52
- 53 14. Häufig wird die Erhaltung des Zivildienstes als Argument  
54 für die Beibehaltung der Wehrpflicht angeführt. Die  
55 Ersetzung von Zivildienstleistenden durch ausgebildete  
56 Fachkräfte und Freiwillige ist jedoch effektiver,  
57 verantwortungsvoller und führt zu einem qualitativ  
58 hochwertigeren Pflegebereich in Deutschland. Auch der  
59 derzeitige Zivildienst kostet Geld; die durch seine  
60 Abschaffung frei werdenden Gelder wollen wir im Sozialen  
61 Bereich einsetzen. Als Alternative zum Zivildienst fordern  
62 wir darüber hinaus eine Stärkung des freiwilligen  
63 sozialen/ökologischen/kulturellen Jahres, wofür es bereits  
64 jetzt eine große Nachfrage gibt. Diese Stärkung könnte  
65 durch neue Anreize geschehen, wie zum Beispiel eine für  
66 den Eintritt ins Berufsleben vorteilhafte Zertifizierung der

01 Tätigkeiten, eine bessere Entlohnung und soziale  
02 Absicherung oder eine Anrechnung der Dienstzeit auf Uni-  
03 Wartezeiten und Rentenansprüche.  
04

05 15. Eine Wehrpflichtarmee ist nicht per se demokratischer als  
06 eine Freiwilligenarmee. Eine Wehrpflichtarmee ist nicht  
07 geschützt vor Missbrauch oder Pflichtverletzungen  
08 gegenüber Untergebenen – im Gegenteil sind hier gerade  
09 Wehrdienstleistende häufig die Opfer. Eine  
10 Freiwilligenarmee kann auch nicht mit einer reinen  
11 Berufsarmee gleichgesetzt werden. Eine  
12 Freiwilligenarmee legt den Schwerpunkt auf kurz- und  
13 mittelfristige Verpflichtungszeiten und der Beruf des  
14 Soldaten steht hier nicht im Vordergrund. Dadurch wird  
15 dem Entstehen eines „Korpsgeistes“ wirksam  
16 entgegengewirkt und die notwendige Verzahnung von  
17 Militär und Gesellschaft sichergestellt.  
18

19 16. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten trauen  
20 unseren demokratischen Kontrollorganen eine wirksame  
21 Kontrolle der Bundeswehr als Freiwilligenarmee zu. Auch  
22 eine Freiwilligenarmee unterliegt selbstverständlich dem  
23 Parlamentsvorbehalt. Die Allgemeine Wehrpflicht kann die  
24 gesellschaftliche Sensibilität für Auslandseinsätze der  
25 Bundeswehr nicht erhöhen, wie vielfach behauptet wird,  
26 denn Wehrpflichtige sind an diesen Einsätzen gar nicht  
27 beteiligt.  
28

29 17. Mit der Beibehaltung der Wehrpflicht würde sich  
30 Deutschland im europäischen Vergleich zu isolieren: Es  
31 wäre eines der letzten Länder, welches auf die Wehrpflicht  
32 setzt. Eine europäische Armee mit Wehrpflichtigen ist  
33 undenkbar, die Europäische Armee wird eine  
34 Freiwilligenarmee sein. Die Sozialdemokratie hat sich seit  
35 je her für die Stärkung der europäischen Integration  
36 eingesetzt und will dies auch bei der Debatte über die  
37 Wehrstruktur beibehalten. Die Diskussion über die  
38 Wehrpflicht hat ihren nationalen Charakter längst verloren.  
39

40 Wir fordern daher die Bundesregierung und die  
41 sozialdemokratischen Abgeordneten im Deutschen  
42 Bundestag auf, sich für die Aussetzung der Allgemeinen  
43 Wehrpflicht einzusetzen und ein Konzept für eine moderne  
44 Freiwilligenarmee zu entwickeln, das sich an den genannten  
45 Kriterien orientiert.  
46

47 **Antrag Nr. 30/II/05**

48 **(vertagt vom LPT 18.06.05)**

49 **Abt. 05/Spandau**

50 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

51 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

52 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und  
53 der Bundesregierung werden aufgefordert, sich für die mittel-  
54 fristige Abschaffung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik  
55 Deutschland einzusetzen. Die Bundeswehr, die eine große  
56 Bedeutung für die Friedenssicherung in Deutschland und in  
57 der Welt hat, wird in eine in der Personalstärke verringerte  
58 Berufsarmee umgewandelt. Dabei bleibt die Bundeswehr  
59 Arbeitsplatz für diejenigen, die eine militärische Laufbahn  
60 einschlagen wollen: Nach dem Modell anderer Länder, die  
61 ebenfalls eine Freiwilligenarmee unterhalten, wird die Bun-  
62 deswehr in die Lage versetzt, ihre Rekrutenwerbung zu inten-  
63 sivieren.  
64  
65  
66

30/II/05

Behandlung auf einem Landesparteitag mit Schwerpunkt  
„Bundeswehr/Wehrpflicht“ nach den Abgeordnetenhaus-  
wahlen 2006

(K)

- 01 **Antrag Nr. 31/II/05** 31/II/05  
02 **(vertagt vom LPT 18.06.05)** **Behandlung auf einem Landesparteitag mit Schwerpunkt**  
03 **Abt. 05/Spandau** **„Bundeswehr/Wehrpflicht“ nach den Abgeordnetenhaus-**  
04 **Der Landesparteitag möge beschließen:** **wahlen 2006**  
05 **Der Bundesparteitag möge beschließen:** **(K)**  
06 Die sozialdemokratischen Mitglieder von Bundesregierung  
07 und Bundestag werden aufgefordert, sich für die Umwandlung  
08 des Zivildienstes in Deutschland einzusetzen. Statt junge  
09 Männer, die den Dienst bei der Bundeswehr verweigert ha-  
10 ben, auf Aufgabenfeldern des Zivildienstes einzusetzen, sol-  
11 len die bisher hierfür vorgesehenen Haushaltsmittel verwen-  
12 det werden, um  
13 • zum einen zusätzliche reguläre Arbeitsplätze in den Be-  
14 reichen einzurichten, in denen bisher Zivildienstleistende  
15 tätig waren (z.B. Krankenhäuser), und  
16 • zum anderen für in diesen Bereichen benötigte unterstüt-  
17 zende Tätigkeiten auch Mehraufwandsentschädigungen  
18 für dabei eingesetzte Langzeitarbeitslose zu finanzieren.  
19  
20 **Antrag Nr. 32/II/05** 32/II/05  
21 **(vertagt vom LPT 18.06.05)** **Behandlung auf einem Landesparteitag mit Schwerpunkt**  
22 **Abt. 03/ Spandau** **„Bundeswehr/Wehrpflicht“ nach den Abgeordnetenhaus-**  
23 **Der Landesparteitag möge beschließen:** **wahlen 2006**  
24 **Der Bundesparteitag möge beschließen:** **(K)**  
25 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen  
26 Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, sich  
27 dafür einzusetzen, dass die allgemeine Wehrpflicht zugunsten  
28 eines Sozialen Jahres von der Dauer von 8 Monaten für alle  
29 Bürger von 16 bis 26 abgeschafft wird.  
30  
31 **Antrag Nr. 07/IV/05** 07/IV/05  
32 **KDV StegZehl** **Behandlung auf einem Landesparteitag mit Schwerpunkt**  
33 **Der Landesparteitag möge beschließen:** **„Bundeswehr/Wehrpflicht“ nach den Abgeordnetenhaus-**  
34 Eine weitere Verschiebung einer Entscheidung über die Zu- **wahlen 2006**  
35 kunft der Wehrpflicht auf spätere Bundesparteitage lehnen wir **(K)**  
36 ab. Die bisher geführte Diskussion darf nicht im Sande verlau-  
37 fen, sondern muss in einer zügigen Positionsbestimmung  
38 münden.  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66

## Innen- und Rechtspolitik

01		
02		
03		
04	<b>Antrag Nr. 36/II/05</b>	<b>36/II/05</b>
05	<b>(vertagt vom LPT 18.06.05)</b>	<b>Überweisung an AH-Fraktion (K)</b>
06	<b>Abt. 13/Mitte</b>	
07	<b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>	<b>Antragsteller hat den Antrag direkt an den BPT gerichtet</b>
08	<b>Der Bundesparteitag möge beschließen:</b>	
09	Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert den	
10	Gesetzgeber auf, eine Regelung über Absprachen im Straf-	
11	verfahren in die Strafprozessordnung („Deal“) aufzunehmen.	
12	Diese sollte sich an den vom Großen Strafsenat des Bundes-	
13	gerichtshofs (GSSt 1/04) ausgearbeiteten Kriterien orientie-	
14	ren, wonach eine Absprache keinesfalls über die Schuld er-	
15	folgen oder einen Rechtsmittelverzicht beinhalten darf. Die in	
16	dem Beschluss aufgestellten Kriterien für eine Wirksamkeit	
17	auch solcher Absprachen („Qualifizierte Belehrung“) ist kri-	
18	tisch zu überprüfen.	
19		
20	Die Strafprozessordnung enthält bislang keinerlei Regelung	
21	solcher Absprachen. Eine Regelung ist dringend erforderlich,	
22	da diese Absprachen zunehmend den in der StPO geregelten	
23	Verfahrensgang unterlaufen. Der BGH hat hierzu ausgeführt:	
24		
25	„Der Große Senat für Strafsachen appelliert an den Gesetz-	
26	geber, die Zulässigkeit und, behahendenfalls, die wesentlichen	
27	rechtlichen Voraussetzungen und Begrenzungen von Urteils-	
28	absprachen gesetzlich zu regeln. Es ist primär Aufgabe des	
29	Gesetzgebers, die grundsätzlichen Fragen der Gestaltung	
30	des Strafverfahrens und damit auch die Rechtsregeln, denen	
31	die Urteilsabsprache unterworfen sein soll, festzulegen. Dabei	
32	kommt ihm – auch von Verfassungs wegen – ein beachtlicher	
33	Spielraum zu (BVerfGE 57, 250, 275 f.).“	
34		
35	<b>Antrag Nr. 38/II/05</b>	<b>38/II/05</b>
36	<b>(vertagt vom LPT 18.06.05)</b>	<b>Erlедigt durch Beschlusslage BPT (K)</b>
37	<b>KDV CharlWilm</b>	
38	<b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>	<b>Antragsteller hat den Antrag direkt an den BPT gerichtet</b>
39	<b>Der Bundesparteitag möge beschließen:</b>	
40	Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung	
41	und die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden auf-	
42	gefordert, ein Gesetz einzubringen, das den Wechsel von der	
43	Geschäftsführung in die Aufsichtsgremien einer Kapitalgesell-	
44	schaft untersagt, wenn zwischen der Ausübung beider Tätig-	
45	keiten weniger als fünf Jahre liegen. Besondere Verhältnisse	
46	kleiner Gesellschaften, hier insbesondere Familienunterneh-	
47	men, sind zu berücksichtigen.	
48		
49	<b>Antrag Nr. 09/III/05</b>	<b>09/III/05</b>
50	<b>(vertagt vom LPT 07.08.05)</b>	<b>Erlедigt durch 36/II/05 (K)</b>
51	<b>KDV Mitte</b>	
52	<b>Der Landesparteitag möge beschließen:</b>	<b>Antragsteller hat den Antrag direkt an den BPT gerichtet</b>
53	<b>Der Bundesparteitag möge beschließen:</b>	
54	Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert den	
55	Gesetzgeber auf, eine Regelung über Absprachen im Straf-	
56	verfahren in die Strafprozessordnung („Deal“) aufzunehmen.	
57	Diese sollte sich an den vom Großen Strafsenat des Bundes-	
58	gerichtshofs (GSSt 1/04) ausgearbeiteten Kriterien orientie-	
59	ren, wonach eine Absprache keinesfalls über die Schuld er-	
60	folgen oder einen Rechtsmittelverzicht beinhalten darf. Die in	
61	dem Beschluss aufgestellten Kriterien für eine Wirksamkeit	
62	auch solcher Absprachen („Qualifizierte Belehrung“) ist kri-	
63	tisch zu überprüfen.	
64		
65		
66		

01 **Inneres / Verwaltung**  
02

03 **Antrag Nr. 08/III/05**  
04 **(vertagt vom LPT 07.08.05)**  
05 **KDV FrhainKreuz**

**08/III/05**  
**Überweisung an AG der Fraktionsvorsitzenden (K)**

06 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
07 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat von Berlin  
08 werden aufgefordert von Plänen, die Anzahl der Be-  
09 zirksamtsmitglieder zu reduzieren, bis auf weiteres Abstand  
10 zu nehmen.  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66



01 **Soziales**02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66

**Antrag Nr. 07/III/05**  
**(vertagt vom LPT 07.08.05)**

**07/III/05**  
**Vom Antragsteller zurückgezogen**

**AsF-Landesfrauenkonferenz**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Zum 01. Januar 2005 sind im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 30 Frauenhausplätze abgebaut worden. Frauensenator Wolf hatte zugleich die Einrichtung von Zufluchtswohnungsplätzen zugesagt, um eine angemessene Anzahl von Notunterkünften für Frauen (und Kinder), die von häuslicher Gewalt betroffen sind, bereithalten zu können.

Die Frauenverwaltung hat bislang keine Entscheidung über die Trägerschaft neu zu schaffender Zufluchtswohnungen getroffen. Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich das Interessensbekundungsverfahren mit dem Ergebnis der Übertragung der Trägerschaft zu beenden und somit den Weg zur Einrichtung der neuen Zufluchtswohnungsplätze zu ebnen.

01 **Steuerpolitik**02  
03 **Antrag Nr. 43/II/05**04 **KVV MarzHell**05 **Der Landesparteitag möge beschließen:**06 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**07 Die Bundesregierung wird aufgefordert, das „Gesetz zur För-  
08 derung der Steuerehrlichkeit“, mit dem seit 1. April 2005 die  
09 automatisierte Kontoüberwachung möglich ist, dahingehend  
10 zu ändern, dass

- 11
- 
- 12 1. Eine Abfrage von Stammdaten nur konkret Anlassbezo-
- 
- 13 gen durchgeführt werden darf,
- 
- 14 2. die Bürger nach der Abfrage von der abfragenden Stelle
- 
- 15 über die Anfrage und das Ergebnis der Kontenabfrage in-
- 
- 16 formiert werden,
- 
- 17 3. der Rechtsschutz des Bürgers zu den Gerichten zur Fest-
- 
- 18 stellung der Rechtmäßigkeit/Rechtswidrigkeit der Maß-
- 
- 19 nahme ermöglicht wird,
- 
- 20 4. die bei der Abfrage gewonnenen Daten 3 Monate nach
- 
- 21 Datenerhebung gelöscht werden und dem betroffenen
- 
- 22 Bürger eine Löschungsnachricht zugestellt wird.

23 **Antrag Nr. 03/III/05**24 **(vertagt vom LPT 07.08.05)**25 **Abt. 09/StegZehl**26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**27 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**28  
29 **Steuergerechtigkeit**

- 30
- 
- 31 1. Veräußerungsgewinne müssen wieder besteuert werden.
- 
- 32 2. Verluste im Ausland dürfen nicht mit Gewinnen im Inland
- 
- 33 verrechnet werden. Die steuerliche Begünstigung der Ver-
- 
- 34 lagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland muss beendet
- 
- 35 werden.
- 
- 36 3. Wenn der Staat eine wirtschaftliche Aktivität fördern will,
- 
- 37 soll er dies durch "Verrechnen der Steuerschuld" machen,
- 
- 38 so dass jeder der den begünstigten Tatbestand verwirk-
- 
- 39 licht, gleich behandelt wird. Durch die gegenwärtige weit-
- 
- 40 gehend betriebene „Absetzung von zu versteuernden Ein-
- 
- 41 kommen“ werden die Reichen bei gleichem Tatbestand
- 
- 42 stärker begünstigt als Normalverdiener oder Geringver-
- 
- 43 diener. Das hat mit der Forderung nach gerechter Besteue-
- 
- 44 rung durch progressive Einkommensteuer nichts zu tun.
- 
- 45 4. Die „Besserverdienenden“ müssen stärker an der Finan-
- 
- 46 zierung der staatlichen Aufgaben beteiligt werden. Nur
- 
- 47 Reiche können sich einen armen Staat leisten.
- 
- 48 5. Dem Vollzugdefizit bei der Bekämpfung von Steuerhinter-
- 
- 49 ziehung muss durch höheren Personaleinsatz (mehr
- 
- 50 Steuerprüfer) entgegengewirkt werden.
- 
- 51
- 
- 52
- 
- 53
- 
- 54
- 
- 55
- 
- 56
- 
- 57
- 
- 58
- 
- 59
- 
- 60
- 
- 61
- 
- 62
- 
- 63
- 
- 64
- 
- 65
- 
- 66

**43/II/05****Annahme (K)****Antragsteller hat den Antrag direkt an den BPT gerichtet****03/III/05****Annahme der Punkte 1 und 2 und Weiterleitung an BPT**

## Umwelt / Energie

Antrag Nr. 08/IV/05

FA X / Natur, Energie und Umweltschutz

Der Landesparteitag möge beschließen:

08/IV/05

Annahme (K)

### **Berlin zukunftsfähig machen – Umweltschutz schafft Arbeit**

Die Nutzung erneuerbarer und effizienter Energietechniken ist ein hervorragendes Beispiel, wie zukunftsfähige Wirtschaftszweige erschlossen werden und gleichzeitig in Berlin Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können. Durch die von der rot-grünen Bundesregierung initiierte Energiewende erfahren die erneuerbaren Energien einen starken Aufschwung. Das hat nicht nur einen Aktienboom für Solarstromfirmen ausgelöst. Die Branche der erneuerbaren Energien ist Innovations- und Wachstumsmotor und hat bereits mehr als 150.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen. Berlin muss an dieser Entwicklung teilhaben, denn es verfügt über hervorragende Wissenschafts- und Forschungskompetenz auf dem Gebiet der Umwelttechnik im Allgemeinen und der Solartechnologie im Speziellen. Dieses Know-how darf nicht, wie so oft in der Vergangenheit, aus der Stadt abwandern, sondern muss entwickelt und gefördert werden. Mit einer lokalen Schwerpunktsetzung z.B. am Standort Adlershof, an dem in einer Fabrik Solartechnik produziert werden könnte, entstehen regionale Netzwerke mit echter Wertschöpfung. Nur so können Arbeitsplätze für die Zukunft geschaffen werden, wenn Forschung und Entwicklung mit der Produktion vor Ort in einander greifen und Synergien genutzt werden und nicht einfach in Billiglohnländer verlagert werden können.

Berlin muss dieses Angebot an innovativer Umwelttechnik „made and produced in Berlin“ durch eine verstärkte Nachfrage fördern. Hier setzt das Programm „Weg von fossilen Energieträgern – Umweltschutz schafft Arbeit“ an, das sich auf Antrag der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus in der Beratung befindet. Denn die zu erwartende weitere Steigerung der Energiepreise und die Auswirkungen der Klimaveränderung fordern dringend Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und des verstärkten Einsatzes erneuerbarer Energien. Finanzieren lassen sich diese Investitionen durch die eingesparten Energiekosten im wärmesanierten Gebäudebestand und im Rahmen von der sog. Energiesparpartnerschaften. Die eingesparten Energiekosten kommen im Zuge von Gebäudesanierungen der regionalen Wirtschaft, insbesondere dem Handwerk und Baugewerbe, zu Gute und erhöhen gleichzeitig die lokale Wertschöpfung. Die öffentliche Hand soll mit der Wärmesanierung ihrer Einrichtungen beispielgebend sein, um möglichst viele Unternehmen und Privathaushalte zur Nachahmung zu ermuntern.

Das Programm soll u.a. die folgenden Maßnahmen beinhalten:

- **Umfassende Wärmeschutzsanierung der öffentlichen Gebäude** und der Gebäude landeseigener Unternehmen. Nicht verausgabte Wirtschaftsfördermittel und andere Förderprogramme sind nach Möglichkeit zur Finanzierung hinzuzuziehen. Bei Abschluss von Contractingverträgen ist eine Wärmeschutzsanierung vorzusehen.

- 01 • **Wärmeschutzsanierung des Berliner Gebäudebestandes:** die Wohnungsbaugesellschaften und öffentlichen  
02 Einrichtungen haben in ihrem Gebäudebestand schrittwei-  
03 se Wärmeschutzsanierungen durchzuführen. Hierbei sind  
04 die Förderprogramme des Bundes (KfW-Programm)  
05 wahrzunehmen, so dass Warmmietsteigerungen entweder  
06 nicht notwendig sind oder auf ein sozial verträgliches Maß  
07 begrenzt bleiben.  
08
- 09 • **Solares Bauen zum Standard machen:** Auch durch die  
10 Einführung einer Baupflicht für erneuerbare Energiesys-  
11 teme im zu novellierenden Berliner Energiespargesetz sol-  
12 len u.a. thermische Solaranlagen für Gebäudeneubauten  
13 und Wohnbauten, die umfassend instand gesetzt oder  
14 modernisiert werden, zum Standard werden. Hiermit soll  
15 in diesen Bauten künftig mindestens ein Drittel des  
16 Warmwasserbedarfs über z.B. thermische Solaranlagen  
17 gedeckt werden. Fördermittel des Bundes sind zur Kofi-  
18 nanzierung in Anspruch zu nehmen.
- 19 • **Berliner Verwaltung als Vorreiter für umweltfreundliche und energieeffiziente Produkte:** Die Berliner Ver-  
20 waltung muss Vorbild gebend sein für eine nachhaltige  
21 und langfristig Kosten sparende Wirtschaftsweise. Daher  
22 sind die Ausführungsvorschriften für umweltfreundliche  
23 Beschaffungen und die Auftragsvergabe nach der Verdin-  
24 gungsordnung für Leistungen (AVUmVOL) an die neusten  
25 Entwicklungen des europäischen Vergaberechts anzu-  
26 passen, die weitergehende Möglichkeiten zur Berücksich-  
27 tigung von Umweltbelangen eröffnen. Bei öffentlichen  
28 Vergaben und allen Ausschreibungen sind neben den  
29 wirtschaftlichen und technischen Kriterien zwingend zu ei-  
30 nem Drittel ökologische Kriterien zu berücksichtigen (z.B.  
31 Ressourcen- und Energieverbrauch, Lärm- und Schad-  
32 stoffemissionen, Einsatz erneuerbarer Energien, Recyc-  
33 ling- bzw. Wiederverwendbarkeit). So sind z.B. ab sofort  
34 nur noch die energieeffizientesten Produkte und Geräte zu  
35 beschaffen bzw. einzusetzen (bei Elektrogeräten die je-  
36 weils energieeffizientesten Geräte, nie unter A+). Die öf-  
37 fentlichen Fuhrparks dürfen ab dem Jahr 2007 nur noch  
38 Pkw beschaffen, die im Stadtzyklus weniger als 6,5 Liter  
39 Kraftstoff auf 100 km verbrauchen, ab dem Jahr 2009  
40 5,5 l/100km und ab dem Jahr 2011 5,0 l/100 km. Für die  
41 Anschaffung von Lkw ist ein analoges Zielsystem zu ver-  
42 abschieden.  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66

## Verkehr

### Antrag Nr. 09/IV/05

#### KDV CharlWilm

#### Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD Berlin fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Berliner Senats auf, sich dafür einzusetzen, dass der Bahnhof Zoo für die ICE- und IC-Züge, die über die Stadtbahn-Trasse verkehren, als Fernbahnhof erhalten bleibt. Dabei sind alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen.

### 09/IV/05

#### Annahme i. d. F. d. AK: (K)

Die Berliner SPD fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats auf, sich weiterhin für den Erhalt des Bahnhofes Zoo als Fernbahnhof einzusetzen.

### Antrag Nr. 10/IV/05

#### KDV Pankow

#### Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung setzt sich dafür ein, dass die S-Bahn Berlin GmbH auf jedem Abschnitt des S-Bahn-Ringes, insbesondere zwischen Gesundbrunnen und Schönhäuser Allee, tagsüber einen Betrieb in einem 5-Minuten-Takt im stündlichen Mittel sicherstellt.

### 10/IV/05

#### Überweisung an AH-Fraktion (K)

### Antrag Nr. 11/IV/05

#### KDV StegZehl

#### Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert, sich im Abgeordnetenhaus und beim Verkehrsausschuss dafür einzusetzen, dass die BVG

### 11/IV/05

#### Annahme (K)

1. wie beschlossen 2006 keine Preiserhöhung durchführt und

2. eine Einnahmesteigerung vorwiegend dadurch anstrebt, dass durch größere Experimentierfreude bei der Tarifgestaltung mehr Kunden zur Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs bewegt werden (z. B. Monatsticket zu Einkaufen zwischen 10 und 15 Uhr, Amüsierticket zwischen 19:00 Uhr und Betriebsende).

### Antrag Nr. 12/IV/05

#### FA VIII/ Soziale Stadt – AG Verkehr

#### Der Landesparteitag möge beschließen:

#### Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die SPD lehnt die Bestrebungen einer Gruppe von CDU- und CSU- Länderminister ab, eine Pkw-Autobahnvignette einzuführen und gleichzeitig die Mineralöl- und Kfz-Steuer abzusenkten. Sie lehnt außerdem die Forderung der CDU/CSU und der Straßenlobby ab, Anteile aus den Einnahmen der Lkw - Maut, die für Investitionen in die Schiene und in die Wasserstraßen eingesetzt werden, zugunsten der Straße umzuverteilen („Straße finanziert Straße“). Die SPD - Bundestagsabgeordneten und SPD - Länderverkehrsminister werden aufgefordert, derartigen Bestrebungen in der Großen Koalition und der Verkehrsministerkonferenz entgegenzutreten, auch nicht unter dem Deckmantel eines „Verkaufs der Autobahnen“ oder einer Schaffung einer privaten Autobahnbetreibergesellschaft.

### 12/IV/05

#### Annahme (K)

Die Mauteinnahmen sollten durch Einbeziehung der LKW's unterhalb von 12 Tonnen Achslast verbessert werden. Es sollten auch weitere Straßen (Bundesstraßen, Ausweichstrecken) einbezogen werden. Ziel ist es, entsprechend dem Schweizer Modell, dass gesamte Straßennetz in die Lkw – Maut einzubeziehen, sobald es dass EU - Recht zulässt.

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66

01 Die SPD Bundestagsabgeordneten und Länderverkehrsminister  
 02 werden aufgefordert durchzusetzen, dass in der nächsten  
 03 Legislaturperiode die Finanzierungsgrundlagen des ÖPNV  
 04 bzw. des Schienenverkehrs, insbesondere die Regionalisie-  
 05 rungsmittel und die „GVFG“ - Mittel (d.h. aus dem „Gemein-  
 06 deverkehrsfinanzierungsgesetz“ deren Quelle die Mineral-  
 07 ölsteuer sind !) nicht angetastet werden. Sie dürfen weder  
 08 zugunsten der Straße umverteilt noch als angebliche „Sub-  
 09 vention“ gekürzt werden.

10  
 11 **Antrag Nr. 13/IV/05**

12 **Abt. 77/ CharlWilm**

13 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

14 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

15 Die SPD lehnt die Bestrebungen einer Gruppe von CDU- und  
 16 CSU- Länderminister ab, eine Pkw-Autobahnvignette einzu-  
 17 führen und gleichzeitig die Mineralöl- und Kfz-Steuer abzu-  
 18 senken. Sie lehnt außerdem die Forderung der CDU/CSU  
 19 und der Straßenlobby ab, Anteile aus den Einnahmen der  
 20 Lkw - Maut, die für Investitionen in die Schiene und in die  
 21 Wasserstraßen eingesetzt werden, zugunsten der Straße  
 22 umzuverteilen („Straße finanziert Straße“). Die SPD - Bundes-  
 23 tagsabgeordneten und SPD - Länderverkehrsminister werden  
 24 aufgefordert, derartigen Bestrebungen in der Großen Koaliti-  
 25 on und der Verkehrsministerkonferenz entgegenzutreten.

26  
 27 Die SPD Bundestagsabgeordneten und Länderverkehrsminister  
 28 werden aufgefordert durchzusetzen, dass in der nächsten  
 29 Legislaturperiode die Finanzierungsgrundlagen des ÖPNV  
 30 bzw. des Schienenverkehrs, insbesondere die Regionalisie-  
 31 rungsmittel und die „GVFG“ (Gemeindeverkehrs-  
 32 Finanzierungsgesetz) - Mittel (deren Quelle die Mineral-  
 33 ölsteuer sind !) nicht angetastet werden. Sie dürfen weder  
 34 zugunsten der Straße umverteilt noch als angebliche „Sub-  
 35 vention“ gekürzt werden.

36  
 37 **Antrag Nr. 14/IV/05**

38 **Abt. 77 und Abt. 91/ CharlWilm und**

39 **FA VIII / Soziale Stadt – AG Verkehr**

40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

41  
 42 **Berlin zum Kompetenzzentrum für Verkehr und Mobilität**  
 43 **entwickeln**

44 Ein innerstädtisches Verkehrssystem, das hohe Mobilität und  
 45 gleichzeitig geringe Lärm- und Luftbelastungen gewährleistet,  
 46 ist ein wirtschaftlicher Standortfaktor. Für die Wettbewerbsfä-  
 47 higkeit Berlins ist die Fernerreichbarkeit der Innenstadt wich-  
 48 tig, z.B. die schnelle Erreichbarkeit der Innenstadt vom neuen  
 49 Flughafen BBI. Die SPD setzt sich für den Wiederaufbau der  
 50 Dresdener Bahn ein, damit der Potsdamer Platz in weniger  
 51 als 20 Minuten mit dem „Flughafenexpress“ erreichbar ist.

52  
 53 Berlin hat seit der Erfindung der elektrischen Bahn im 19.  
 54 Jahrhundert eine Tradition bei der Entwicklung von Innovatio-  
 55 nen im Verkehr. Daran knüpfen wir an und wollen Berlin wie-  
 56 der zu einem Kompetenzzentrum für Verkehr zu entwickeln.  
 57 Die SPD setzt sich dafür ein, dass im Bereich Ver-  
 58 kehr/Mobilität die Forschungs- und Technologieförderung  
 59 sowie die Netzwerkaktivitäten im Forschungs- und Anwen-  
 60 dungsverbund Berlin (FAV) auf inhaltliche Schwerpunkte  
 61 ausgerichtet werden, die den stadtpolitischen Zielen und der  
 62 regionalen Wertschöpfung dienen. Alle Fördermöglichkeiten  
 63 des Bundes und der EU (z.B. das 7. Forschungsrahmenpro-  
 64 gramm) müssen genutzt werden.

65  
 66

**13/IV/05**

**Erledigt bei Annahme 12/IV/05 (K)**

**14/IV/05**

**Annahme (K)**

- 01 • **Schwerpunkt: Innovationen beim umweltfreundlichen**  
02 **Verkehrsträger Schiene:**  
03 Die Bahnindustrie ist einer der wenigen industriellen Ker-  
04 ne in der Region. Es sind Innovationen für den grenzüber-  
05 schreitenden Schienenverkehr nach Osteuropa gefragt.  
06 Sie reichen vom EU standardisierten Lokführerstand, mit  
07 denen Schienenfahrzeuge in die benachbarten europäi-  
08 schen Netze verkehren können bis zu Lösungen bei den  
09 unterschiedlichen Stromsystemen in den Systemwechsel-  
10 bahnhöfen an den Grenzen. Weitere Innovationsfelder lie-  
11 gen bei der Senkung von Lärmemissionen, die von Schie-  
12 nenfahrzeugen und an der Schnittstelle Rad/Schiene aus-  
13 gehen.
- 14 • **Schwerpunkt: sauberer und leiser Kraftfahrzeugver-**  
15 **kehr („clean vehicles“)**  
16 Europäische Städte müssen Anstrengungen unterneh-  
17 men, um Grenzwerte der EU zur Luftqualität und zum  
18 Umgebungslärm einzuhalten. Mit dem TELLUS-Projekt  
19 der CIVITAS-Initiative konnte Berlin EU-Mittel und private  
20 Gelder mobilisieren, um innovative Projekte für einen sau-  
21 beren Verkehr durchzuführen. Durch die Kombination mit  
22 anderen Programmen (z.B. „Tausend Umwelttaxis“, Auf-  
23 bau einer Erdgastankstellen-Infrastruktur durch das Um-  
24 weltentlastungsprogramm) ist Berlin zum Kompetenzzent-  
25 rum für Ergasfahrzeuge aufgestiegen. Das Forschungs-  
26 feld „Leiser Straßenverkehr – Reduzierte Reifen - Fahr-  
27 bahn - Geräusche“ ist dagegen in Berlin bisher vernach-  
28 lässigt wurden.
- 29 • **Schwerpunkt: Kostensenkung und Flexibilisierung im**  
30 **ÖPNV**  
31 Für die Schaffung flexibler ÖPNV - Angebote sind weitere  
32 Forschungs- und Anwendungsaktivitäten notwendig. Dies  
33 gilt für die Bedienung in nachfrageschwachen Stadträ-  
34 umen und Zeiten und für den Schienenverkehr. Der interna-  
35 tionale Trend geht zur Automatisierung des U- Bahn - Be-  
36 triebes, um den ÖPNV wirtschaftlicher zu gestalten und  
37 gleichzeitig den Betrieb auf kurzfristige Nachfrageschwan-  
38 kungen zu flexibilisieren. Hier war Berlin bis 1999 mit dem  
39 Projekt STAR internationaler Vorreiter. Die SPD bedauert,  
40 dass das in Berlin entwickelte Know How nach Nürn-  
41 berg/Erlangen abgewandert ist und dort heute Arbeitsplät-  
42 ze schafft. Die SPD fordert den Wiedereinstieg, mit einer  
43 Referenzlinie bei der BVG.
- 44 • **Schwerpunkt: Telematik**  
45 Telematik kann dazu beitragen, vorhandene Ressourcen  
46 der Verkehrsinfrastruktur besser zu nutzen und Netzerwei-  
47 terungen zu vermeiden. Innovative Abrechnungssysteme  
48 für die Nutzung von Verkehrsinfrastruktur spielen eine  
49 steigende Rolle. Für die Attraktivität des ÖPNV ist die  
50 Weiterentwicklung dynamischer Fahrgastinformationssys-  
51 temen wichtig. Von Bedeutung sind Systeme, die ein bes-  
52 seres Management zur Pünktlichkeit und Anschlussiche-  
53 rung im ÖPNV ermöglichen.
- 54 • **Schwerpunkt: Luftfahrt**  
55 Forschungsaktivitäten in Berlin erstrecken sich heute vom  
56 Flugsimulator, über Luftmonitoring zur Verkehrsüberwa-  
57 chung bis zur Werkstoffforschung. Im Umland wirken auch  
58 Unternehmen aus dem Bereich der Luftfahrtindustrie am  
59 Netzwerk mit. Da Berlin auch in der Medizinforschung im  
60 Umfeld der Charité über Kompetenzen verfügt, sind Kom-  
61 petenzfeld - übergreifende Vorhaben an der Schnittstelle  
62 zwischen Luftfahrt und Medizin chancenreich, z.B. Projek-  
63 te zur Vermeidung notfallbedingter Notlandungen durch  
64 ein mobiles Notfallsystem z.B. bei Herzinfarkten von Pas-  
65 sagieren.  
66

## Organisation

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66

**Antrag Nr. 10/III/05**  
(vertagt vom LPT 07.08.05)  
**KDV Mitte**

**10/III/05**  
**Ablehnung (K)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
Der Landesvorstand der Berliner SPD wird aufgefordert, einen Fachausschuss Sport einzurichten.

**Antrag Nr. 11/III/05**  
(vertagt vom LPT am 07.08.05)  
**KDV Mitte**

**11/III/05**  
**Erledigt durch Beschlusslage BPT (K)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
Der § 3a\* der Wahlordnung wird um folgenden Absatz ergänzt:  
(4) Elektronische Abstimmungsverfahren sind zulässig. Vor Eintritt in die Abstimmungen erfolgt eine Erklärung des Verfahrens und seiner Handhabung. Falls Widerspruch gegen die Anwendung des Verfahrens eingelegt wird, ist über die Anwendung abzustimmen.

**Antrag Nr. 12/III/05**  
**KDV Mitte**

**12/III/05**  
**Erledigt durch Beschlusslage BPT (K)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
**Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
Der § 8 Abs. 4 der Wahlordnung wird ergänzt durch folgenden Satz:  
Die Ersatzdelegierten können in gesonderten Wahlgängen gewählt werden.

**Beschluss LV vom 19.09.05**  
**Weiterleitung an BPT**

**Antrag Nr. 14/III/05**  
(vertagt vom LPT 07.08.05)  
**KDV Mitte**

**14/III/05**  
**Ablehnung (K)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
§ 22 a\* Abs. 8 Satz 1 Organisationsstatut erhält folgende Fassung:  
Der Landesparteitag wählt den Landesvorstand mit Ausnahme des Vertreters/der Vertreterin der Arbeitsgemeinschaften, die Delegierten zum Parteitag und die Berliner Vertreterinnen und Vertreter im Parteirat.

**Antrag Nr. 15/IV/05**  
**AG 60 plus**

**15/IV/05**  
**Erledigt durch Beschlusslage BPT (K)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
**Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
Das Organisationsstatut der SPD wird im § 23 (3) ergänzt mit dem Spiegelstrich:  
• die Vorsitzenden der auf Bundesebene tätigen Arbeitsgemeinschaften

Die Finanzordnung der SPD wird im § 1 im Absatz mit folgender Formulierung ergänzt:  
Bedürftigen, langjährigen Mitgliedern, die in Pflegeheimen wohnen, wird der Mitgliedsbeitrag auf Antrag des zuständigen OV/UB erlassen. Sie behalten beitragsfrei ihre volle Mitgliedschaft.

**Antrag Nr. 16/IV/05**  
**KDV Pankow**

**16/IV/05**  
**Erledigt durch Beschlusslage BPT (K)**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
Der Landesvorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die satzungsgemäß notwendigen Mahnverfahren bei Nichtzahlung von Mitgliedsbeiträgen (§ 1 Abs. 5 SPD-Finanzordnung) zentral beim Landesverband durchgeführt werden.



01 Über das Ergebnis des Mahnverfahrens ist die Abteilung, in  
02 der die Mitgliedschaft besteht zu informieren. Das weitere  
03 Verfahren liegt bei den Abteilungen.  
04

05 Die Ersatzpflicht nicht gezahlter Beiträge durch die Abteilun-  
06 gen wird nach Ablauf von zwei Monaten vollzogen, sofern die  
07 Abteilung keine Streichung der entsprechenden Mitgliedschaft  
08 vorgenommen oder anderweitige Regelungen mit dem Mit-  
09 glied oder dem Landesverband getroffen hat. Die Informati-  
10 onspflicht zum letzteren liegt bei den Abteilungen.  
11

12 **Antrag Nr. 17/IV/05**

13 **KDV Mitte**

14 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

15 Der Landesvorstand der SPD wird beauftragt, in Zusammen-  
16 arbeit mit der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, einen  
17 Bericht über den Grad der Zielerreichung bei der Umsetzung  
18 des Antrags „Wirtschaftspolitische Ziele der SPD Berlin“ vor-  
19 zulegen.  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66

**17/IV/05**

**Annahme i. d. F. d. AK**

**(K)**

Der Landesvorstand der SPD wird beauftragt, in Zusammen-  
arbeit mit der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses in re-  
gelmäßigen Abständen über den Grad der Zielerreichung bei  
der Umsetzung des Antrags „Wirtschaftspolitische Ziele der  
SPD Berlin“ Bericht zu erstatten.

## Verschiedenes

### Antrag Nr. 47/II/05

(vertagt vom LPT 18.06.05)

Juso LDK

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

In den vergangenen Monaten sorgten mehrfach prominente Genossen wie Egon Bahr oder Peter Glotz für Aufsehen, als sie der Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) Interviews gaben. Im März 2005 wurde dieses Thema für die Berliner Landespolitik aktuell, da der Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky, sich in einem Interview in der JF zu den seiner Meinung nach gescheiterten Integrationskonzepten der SPD und dem politischen Verhalten von „Gutmenschen und sozialromantischen Multikulti-Träumern“ verbreitete. Zu Recht erfolgte eine große Skandalisierung durch die politische Öffentlichkeit Berlins, über die politische Tragfähigkeit solcher Äußerungen ist zu entscheiden. Diese Vorfälle zeigen, dass bis hin zu höheren FunktionärInnen der Partei offensichtlich Unkenntnis über die Junge Freiheit besteht und der Umgang mit ihr ungeklärt ist.

Die JF ist eine Wochenzeitung, die eine politische Zielgruppe in der Schnittmenge zwischen klassischen rechtskonservativen und rechtsextremen Ideen ansprechen will. Sie fungiert als Organ der „Neuen Rechten“. Ihre Zielsetzung ist es, den latent in allen gesellschaftlichen Gruppen vorhandenen Rassismus und Antisemitismus anzusprechen sowie antidemokratische Grundhaltungen insbesondere im bürgerlich-konservativen Lager zu aktivieren. Es sollen politische Inhalte und Forderungen, die klar rechtsextrem sind, stärker als schon bisher in den politischen Diskurs gebracht werden und durch gezielte Umdeutung von Begriffen eine kulturelle Hegemonie für reaktionäre Inhalte geschaffen werden. Dies versucht die Junge Freiheit unter anderem durch Interviews mit Personen des öffentlichen Lebens, von denen sie sich erhofft, dass sie die JF und ihre Inhalte „salonfähig“ machen.

Die Junge Freiheit hat den Anspruch, zu allen ihr wichtigen Politikfeldern zu informieren. Es lassen sich dabei einige bevorzugte Themenkomplexe feststellen. Ein Feld von vorrangigem Interesse ist der inhaltliche Komplex „Nation“, „Ausländer“, „nationale Identität“. In diesem werden sowohl nationalistische Staatsvorstellungen als auch rassistische Weltbilder vertreten. Ebenfalls inhaltlicher Schwerpunkt der JF ist der Umgang mit dem Nationalsozialismus in Deutschland, die Rolle der Deutschen in der Welt und eine Überwindung des „Schuldkomplexes“ der Deutschen. Die Zielsetzung der JF ist dezidiert elitär und antidemokratisch, das parlamentarische System und seine Akteure werden herabgewürdigt. Grundlegende Prinzipien der liberalen Demokratie wie Menschenrechte und das Demokratieprinzip werden von ihr abgelehnt. Die Junge Freiheit hat in der Debatte um die antisemitischen Äußerungen von Martin Hohmann und Reinhard Güntzel nach Hohmanns „Tätervolkrede“ zum Tag der Deutschen Einheit 2003 klar Position auf Seiten von Hohmann und Güntzel bezogen.

### 47/II/05

**Annahme i.d.F.d.AK:**

Die SPD fordert alle ihre Mitglieder, insbesondere aber ihre Mandats- und FunktionsträgerInnen auf, nicht oder nicht mehr mit der Jungen Freiheit zusammenzuarbeiten und ihr insbesondere keine Interviews zu geben. Dieser Beschluss ist allen Mandats- und FunktionsträgerInnen aus der Berliner SPD bekannt zu geben.

01 Die Junge Freiheit ist Teil eines „neu-rechten“ Netzwerkes,  
02 das von deutschen und internationalen Rechtsextremisten bis  
03 in die CDU hinein reicht, die JF zählt viele ParlamentarierInnen  
04 der CDU/CSU zu ihren AutorInnen. Die JF wird von mehreren  
05 Landesämtern für Verfassungsschutz beobachtet.  
06

07 Die SPD fordert deshalb alle ihre Mitglieder, insbesondere  
08 aber ihre Mandats- und FunktionsträgerInnen auf, nicht oder  
09 nicht mehr mit der Jungen Freiheit zusammenzuarbeiten und  
10 ihr insbesondere keine Interviews zu geben. Die Zusammen-  
11 arbeit mit der Jungen Freiheit ist als parteischädigendes Ver-  
12 halten anzusehen. Dieser Beschluss ist allen Mandats- und  
13 FunktionsträgerInnen aus der Berliner SPD bekannt zu ge-  
14 ben.  
15

16 **Antrag Nr. 05/III/05**  
17 **(vertagt vom LPT 07.08.05)**

**05/III/05**  
**Annahme (K)**

18 **AsF-Landesfrauenkonferenz**

19 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

20 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemo-  
21 kratischen Mitglieder im Senat werden aufgefordert, die Um-  
22 setzung von Gender Mainstreaming auch in Zukunft zu si-  
23 chern und eine Qualifizierung des Prozesses voranzutreiben.  
24 Dies soll unter folgenden Vorgaben geschehen:  
25

- 26 • Gender Mainstreaming ist Bestandteil der Berliner  
27 Verwaltungsmodernisierung. Aus den Mitteln, die zu  
28 dessen Förderung zur Verfügung stehen, müssen auch  
29 künftig die Genderprojekte der Berliner Verwaltung  
30 unterstützt werden.
- 31 • Um dem gleichstellungspolitischen Ansatz in allen  
32 Verwaltungen gerecht zu werden, muss die dezentrale  
33 Verantwortlichkeit gestärkt werden. Daher
  - 34 • sind Gender Mainstreaming/Gender Budgeting mit  
35 konkreten Vorgaben in die jeweiligen  
36 Zielvereinbarungen der Ressorts aufzunehmen
  - 37 • sind in Zusammenarbeit mit den Genderbeauftragten  
38 und vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen  
39 für die Häuser verbindliche Aufgaben und Profile zu  
40 entwickeln
  - 41 • soll die Entscheidung über den Einsatz und die  
42 Verwendung von Mitteln, die für die Genderprozesse  
43 zur Verfügung stehen, dezentral wahrgenommen  
44 werden
  - 45 • sind die Ressorts verpflichtet, den geforderten  
46 „Gender-Check“ von Senatsvorlagen in eigener  
47 Verantwortung durchzuführen. Senatsvorlagen ohne  
48 qualifizierten Gender-Check werden von der  
49 Geschäftsstelle der Senates nicht für die  
50 Senatstagesordnung zugelassen.
- 51 • Für die Geschäftsstelle Gender Mainstreaming soll im  
52 Rahmen der Haushaltsberatungen 2006/2007 ein  
53 dienstleistungsorientiertes Konzept zu Aufgaben – und  
54 Zielvorstellungen im Verhältnis zu den Fachverwaltungen  
55 und den Bezirken vorgelegt werden.
- 56 • Die Verwaltungsakademie soll zukünftig auf breiter Basis  
57 und systematisch Fachwissen über Gender  
58 Mainstreaming/Gender Budgeting in die regulären  
59 Fortbildungsangebote integrieren. Die Angebote sind  
60 sprachlich und inhaltlich ausdrücklich so zu gestalten,  
61 dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berliner  
62 Verwaltung die hohe Bedeutung von Gender  
63 Mainstreaming/Gender Budgeting für ihre Arbeit vermittelt  
64 wird.  
65  
66

- 01 • Die AG Geschlechtsdifferenzierte Statistik wird  
 02 aufgefordert, die Bestandsaufnahme zur  
 03 geschlechtsdifferenzierten Datenlage im Land Berlin  
 04 kurzfristig auszuwerten und die Statistiken öffentlich zur  
 05 Verfügung zu stellen.  
 06

**Antrag Nr. 06/III/05****(vertagt vom LPT 07.08.05)****AsF-Landesfrauenkonferenz****Der LPT möge beschließen:**

11 Die Berliner SPD fordert alle sozialdemokratischen Mandats-  
 12 trägerinnen und Mandatsträger in den Bezirken auf, sich für  
 13 Beschlüsse in den Bezirksverordnetenversammlungen einzu-  
 14 setzen, mit denen die besondere Berücksichtigung von Frau-  
 15 en bei der Benennung und Umbenennung von Straßen und  
 16 Plätzen im jeweiligen Bezirk solange erfolgen soll, bis ein  
 17 Gleichstand bei der Benennung von Straßen und Plätzen  
 18 sowie öffentlichen Gebäuden nach Frauen und Männern  
 19 erreicht ist. Sofern solche Beschlüsse bereits gefasst sind,  
 20 fordern wir die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf,  
 21 sich für die Umsetzung besonders einzusetzen und Vorschlä-  
 22 ge für Frauen, die bei der Benennung von Straßen und Plät-  
 23 zen in Frage kommen, zu erarbeiten.  
 24

25 Der AsF Landesvorstand wird gebeten, in Zusammenarbeit  
 26 mit der SGK Berlin eine Übersicht zu erarbeiten, welche Ben-  
 27 nennungen von Straßen und Plätzen in Berlin in den letzten  
 28 15 Jahren nach Frauen und Männern erfolgt sind.  
 29

30 Die Berliner SPD wendet sich gegen eine Veränderung der  
 31 Ausführungsvorschriften zu § 5 Berliner Straßengesetz, mit  
 32 der übergeordnete Belange des Landes in einen Gegensatz  
 33 zur Praxis, Frauen im öffentlichen Raum sichtbar zu machen,  
 34 gestellt werden können.  
 35

**Antrag Nr. 18/IV/05****KDV StegZehl****Der Landesparteitag möge beschließen:**

36 Die SPD hat mit Gerhard Schröder an der Spitze gekämpft.  
 37 Durch die Profilierung als Partei, die für mehr soziale Gerech-  
 38 tigkeit eintritt und die Demokratie stärken will, sind wir aus der  
 39 Talsohle herausgekommen. Die Bundestagswahl war eine  
 40 Richtungsentscheidung gegen marktradikale Ideologie und für  
 41 Sozialstaatlichkeit und innere Reformen mit sozialer Balance.  
 42  
 43  
 44  
 45

46 Das wichtigste Ergebnis der Wahl ist: Die Menschen wollen  
 47 keine andere Republik. Sie wollen die Werte Europas bewah-  
 48 ren, dessen Kern die soziale Demokratie ist. Sie erwarten von  
 49 uns, dass wir eine Reformpolitik durchsetzen, die nicht dem  
 50 Irrglauben entfesselter Märkte anhängt. Die "Versöhnung" von  
 51 Neokonservativen und Neoliberalen, die mit der Idee der  
 52 sozialen Demokratie bricht und die Freiheit und die Chancen  
 53 der Bürgerinnen und Bürger an die Privatökonomie koppelt,  
 54 hat keine Mehrheit gefunden.  
 55

56 Deshalb gilt es jetzt, unserem sozialdemokratischen Wahl-  
 57 manifest in den Koalitionsverhandlungen zum Durchbruch zu  
 58 verhelfen. Wir fordern eine Koalitionsvereinbarung, die dem  
 59 Umstand Rechnung trägt, dass eine große Mehrheit der Wäh-  
 60 lerinnen und Wähler für den Erhalt von Arbeitnehmerrechten,  
 61 für den Fortbestand des Sozialstaats, für eine friedensorien-  
 62 tierte Außenpolitik, für eine moderne Familienpolitik und für  
 63 eine auf Chancengleichheit setzende Bildungspolitik gestimmt  
 64 hat.  
 65  
 66

**06/III/05****Annahme (K)****18/IV/05****Erledigt durch Koalitionsvertrag (K)**

01 **Für die SPD Berlin sind deshalb unverzichtbare Bestand-**  
 02 **teile des Koalitionsvertrages:**

- 03  
 04 1. Handlungsfähiger Staat! Ein leistungsfähiger Staat mit  
 05 einer guten Infrastruktur und umfassender Vorsorge ist  
 06 unverzichtbar für eine soziale Demokratie. Deshalb muss  
 07 die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten bleiben. Für  
 08 Steuergeschenke für Unternehmen und Besserverdienende  
 09 besteht kein Spielraum.  
 10 2. Kommunen stärken! Die Gewerbesteuer muss erhalten  
 11 bleiben. Die Verbesserung der kommunalen Finanzen  
 12 muss ein zentrales Thema sein.  
 13 3. Arbeitnehmerrechte sichern! keine weitere Einschränkung  
 14 des Kündigungsschutzes. Gerechtigkeit auf dem Arbeits-  
 15 markt muss - ggf. durch Einführung eines Mindestlohns  
 16 und eine Erweiterung der Entsenderichtlinie - wieder her-  
 17 gestellt werden.  
 18 4. Finanzierung des Sozialstaates sichern! Ausweitung der  
 19 Bemessungsgrundlage und des Beitragszahlerkreise in  
 20 Kranken- und Pflegeversicherung, statt einem Einfrieren  
 21 der Arbeitgeberbeiträge.  
 22 5. Nicht zurück in alte Zeiten! Für eine progressive Familien-  
 23 politik, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf för-  
 24 dern, und eine Frauenpolitik, bei der Frauen nicht nur Müt-  
 25 ter sind.  
 26 6. Gerechtigkeit schaffen! SpitzenverdienerInnen und Ver-  
 27 mögende müssen stärker zur Finanzierung von Bildung  
 28 und Forschung herangezogen werden. Außerdem darf es  
 29 keine Einschnitte in das BAföG geben. Auch muss es ein  
 30 klares Bekenntnis gegen jede Form von Studiengebühren  
 31 geben.  
 32 7. Perspektiven eröffnen! Wir wollen mehr Ausbildungsplätze  
 33 schaffen. Angriffe auf die Rechte und Entlohnung junger  
 34 ArbeitnehmerInnen und Azubis lehnen wir ab.  
 35 8. Energiewende! Fortführung der Energiewende; kein Aus-  
 36 stieg aus dem Atomausstieg.  
 37 9. Außenpolitik: Wahrung der Friedenspolitik und eigenstän-  
 38 dige europäische Außenpolitik  
 39 10. Europäische Sozialpolitik: Wahrung sozialer Rechte auf  
 40 europäischer Ebene

41  
 42 **Antrag Nr. 19/IV/05**

43 **KDV FrhainKreuz**

44 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

45 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

46 Die SPD hat mit Gerhard Schröder an der Spitze gekämpft.  
 47 Durch die Profilierung als Partei, die für mehr soziale Gerech-  
 48 tigkeit eintritt und die Demokratie stärken will, sind wir aus der  
 49 Talsohle herausgekommen. Die Bundestagswahl war eine  
 50 Richtungsentscheidung gegen marktradikale Ideologie und für  
 51 Sozialstaatlichkeit und innere Reformen mit sozialer Balance.  
 52

53 Das wichtigste Ergebnis der Wahl ist: Die Menschen wollen  
 54 keine andere Republik. Sie wollen die Werte Europas bewah-  
 55 ren, dessen Kern die soziale Demokratie ist. Sie erwarten von  
 56 uns, dass wir eine Reformpolitik durchsetzen, die nicht dem  
 57 Irrglauben entfesselter Märkte anhängt. Die "Versöhnung" von  
 58 Neokonservativen und Neoliberalen, die mit der Idee der  
 59 sozialen Demokratie bricht und die Freiheit und die Chancen  
 60 der Bürgerinnen und Bürger an die Privatökonomie koppelt,  
 61 hat keine Mehrheit gefunden.  
 62

63 Deshalb gilt es jetzt, der sozialdemokratischen Handschrift in  
 64 den Koalitionsverhandlungen zum Durchbruch zu verhelfen.  
 65 Wir fordern eine Koalitionsvereinbarung, die dem Umstand  
 66 Rechnung trägt, dass eine große Mehrheit der Wählerinnen

**19/IV/05**

**Erledigt durch Koalitionsvertrag (K)**

01 und Wähler für den Erhalt von Arbeitnehmerrechten, für den  
 02 Fortbestand des Sozialstaats, für eine friedensorientierte  
 03 Außenpolitik, für eine moderne Familienpolitik und für eine auf  
 04 Chancengleichheit setzende Bildungspolitik gestimmt hat.  
 05

06 Für die SPD Berlin sind deshalb unverzichtbare Bestandteile  
 07 des Koalitionsvertrages:  
 08

- 09 1. Handlungsfähiger Staat! Ein leistungsfähiger Staat mit  
 10 einer guten Infrastruktur und umfassender Vorsorge ist  
 11 unverzichtbar für eine soziale Demokratie. Deshalb muss  
 12 die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten bleiben. Für  
 13 Steuergeschenke für Unternehmen und Besserverdienende  
 14 besteht kein Spielraum.
- 15 2. Kommunen stärken! Die Verbesserung der kommunalen  
 16 Finanzen muss ein zentrales Thema sein.
- 17 3. Arbeitnehmerrechte sichern! keine weitere Einschränkung  
 18 des Kündigungsschutzes. Gerechtigkeit auf dem Arbeits-  
 19 markt muss - ggf. durch Einführung eines Mindestlohns  
 20 und eine Erweiterung der Entsenderichtlinie - wieder her-  
 21 gestellt werden.
- 22 4. Finanzierung des Sozialstaates sichern! Streichung der  
 23 Beitragsbemessungsgrenze und Einbeziehung aller Ein-  
 24 kommensbezieher in Kranken- und Pflegeversicherung  
 25 statt einem Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge.
- 26 5. Nicht zurück in alte Zeiten! Für eine progressive Familien-  
 27 politik, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
 28 fördern, und eine Frauenpolitik, bei der Frauen nicht nur  
 29 Mütter sind.
- 30 6. Gerechtigkeit schaffen! SpitzenverdienerInnen und Ver-  
 31 mögende müssen stärker zur Finanzierung von Bildung  
 32 und Forschung herangezogen werden. Außerdem darf es  
 33 keine Einschnitte in das BAföG geben. Auch muss es ein  
 34 klares Bekenntnis gegen jede Form von Studiengebühren  
 35 geben.
- 36 7. Perspektiven eröffnen! Wir wollen mehr Ausbildungsplätze  
 37 schaffen. Angriffe auf die Rechte und Entlohnung junger  
 38 ArbeitnehmerInnen und Azubis lehnen wir ab.  
 39
- 40 8. Energiewende! Fortführung der Energiewende; kein Aus-  
 41 stieg aus dem Atomausstieg.
- 42 9. In der jetzigen wirtschaftlichen Situation wäre eine Mehr-  
 43 wertsteuererhöhung Gift für die Binnenkonjunktur. Zudem  
 44 würde sie überproportional die unteren Einkommensgrup-  
 45 pen treffen, beispielsweise Hartz-IV-EmpfängerInnen,  
 46 StudentInnen, RenterInnen.  
 47
- 48 10. Im 15. Jahr der Deutschen Einheit sollte zumindest für die  
 49 Schwächsten unserer Gesellschaft ein Zeichen gesetzt  
 50 werden: Die unterschiedliche Höhe des Arbeitslosengel-  
 51 des II in Ost und West muss einheitlich auf mindestens  
 52 345 Euro angeglichen werden.
- 53 11. Die Föderalismusreform muss vorangetrieben werden, um  
 54 die Bund-Länder-Beziehungen neu zu ordnen.  
 55

56 **Antrag Nr. 20/IV/05**

57 **KDV TempSchön**

58 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

59 Die SPD hat mit Gerhard Schröder an der Spitze gekämpft.  
 60 Durch die Profilierung als Partei, die für mehr soziale Gerech-  
 61 tigkeit eintritt und die Demokratie stärken will, sind wir aus der  
 62 Talsohle herausgekommen. Die Bundestagswahl war eine  
 63 Richtungsentscheidung gegen marktradikale Ideologie und für  
 64 Sozialstaatlichkeit und innere Reformen mit sozialer Balance.  
 65  
 66

20/IV/05

Erledigt durch Koalitionsvertrag (K)

01 Das wichtigste Ergebnis der Wahl ist: Die Menschen wollen  
02 keine andere Republik. Sie wollen die Werte Europas bewah-  
03 ren, dessen Kern die soziale Demokratie ist. Sie erwarten von  
04 uns, dass wir eine Reformpolitik durchsetzen, die nicht dem  
05 Irrglauben entfesselter Märkte anhängt. Die „Versöhnung“ von  
06 Neokonservativen und Neoliberalen, die mit der Idee der  
07 sozialen Demokratie bricht und die Freiheit und die Chancen  
08 der Bürgerinnen und Bürger an die Privatökonomie koppelt,  
09 hat keine Mehrheit gefunden.

10  
11 Deshalb gilt es jetzt, der sozialdemokratischen Handschrift in  
12 den Koalitionsverhandlungen zum Durchbruch zu verhelfen.  
13 Wir fordern eine Koalitionsvereinbarung, die dem Umstand  
14 Rechnung trägt, dass eine große Mehrheit der Wählerinnen  
15 und Wähler für den Erhalt von Arbeitnehmerrechten, für den  
16 Fortbestand des Sozialstaats, für eine friedensorientierte  
17 Außenpolitik, für eine moderne Familienpolitik und für eine auf  
18 Chancengleichheit setzende Bildungspolitik gestimmt hat.

19  
20 Für die SPD sind deshalb wichtige Bestandteile des Koaliti-  
21 onsvertrages:

- 22  
23 1. Handlungsfähiger Staat! Ein leitungsfähiger Staat mit  
24 einer guten Infrastruktur und umfassender Vorsorge ist  
25 unverzichtbar für eine soziale Demokratie. Deshalb muss  
26 die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten bleiben. Für  
27 Steuergeschenke für Unternehmer und Besserverdienende  
28 besteht kein Spielraum.
  - 29 2. Kommunen stärken! Die Gewerbesteuer muss erhalten  
30 bleiben. Die Verbesserung der kommunalen Finanzen  
31 muss ein zentrales Thema sein.
  - 32 3. Arbeitnehmerrechte sichern! Keine weiteren Einschrän-  
33 kungen des Kündigungsschutzes. Gerechtigkeit auf dem  
34 Arbeitsmarkt muss – ggf. durch Einführung eines Mindest-  
35 lohns und eine Erweiterung der Entsenderichtlinie – wie-  
36 der hergestellt werden.
  - 37 4. Finanzierung des Sozialstaates sichern! Ausweitung der  
38 Bemessungsgrundlage und des Beitragszahlerkreises in  
39 Kranken- und Pflegeversicherung, statt einem Einfrieren  
40 der Arbeitgeberbeiträge.
  - 41 5. Nicht zurück in alte Zeiten! Für eine progressive Familien-  
42 politik, die das Elterngeld einführt, die Vereinbarkeit von  
43 Familie und Beruf fördert und eine Politik, die Geschlech-  
44 tergerechtigkeit integriert und in jedem Politikfeld aktiv  
45 umsetzt.
  - 46 6. Gerechtigkeit schaffen! Spitzenverdiener und Vermögen-  
47 de müssen stärker zur Finanzierung von Bildung und For-  
48 schung herangezogen werden. Außerdem darf es keine  
49 Einschnitte in das BAFöG geben.
  - 50 7. Perspektiven eröffnen! Wir wollen mehr Ausbildungsplätze  
51 schaffen. Angriffe auf die Rechte und Entlohnung junger  
52 Arbeitnehmer und Azubis lehnen wir ab.
  - 53 8. Energiewende! Fortführung der Energiewende; kein Aus-  
54 stieg aus dem Atomausstieg.
  - 55 9. Ziviler Friedensdienst! Das Projekt des zivilen Friedens-  
56 dienstes soll erhalten und ausgebaut werden.
  - 57 10. Rechtsextremismus bekämpfen! Die Civitas und Entimon  
58 Projekte sollen weiter geführt werden.
- 59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66

**Änderungsantrag zu  
Antrag Nr. 08/IV/05 ( Seite 79 Antragsbuch)  
Einfügung nach Zeile Nr.53**

Im Mietwohnungsbestand sind erforderliche Wärmemaßnahmen in der Weise durchzuführen, dass die Mieterhöhungen durch Einsparungen in der Warmmiete ausgeglichen werden.

Dies setzt eine bewohnerorientierte Modernisierung voraus in der Mieter über die Modernisierungsmaßnahmen nicht nur informiert werden, sondern in der Planungs- und Entscheidungsphase der Modernisierung mitwirken können. Hierzu sind ggf. gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen.

**Beschluss:  
Überweisung an Fachausschuss (K)**



**Änderungsantrag Traugott Klose und Klaus Katzur**

Ergänzung des Leitantrages

Einfügung als neuer Punkt:

**I f) Weitere Ansiedlung von Bundeseinrichtungen in Berlin**

Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, schrittweise weitere Anteile von Bundesministerien aus Bonn nach Berlin zu verlagern bis schließlich die vollständige Ansiedlung aller Bundesministerien erreicht ist. Über die bereits geplante, aber noch nicht entschiedene Verlagerung des Bundesnachrichtendienstes (BND) hinaus sollten auch weitere Bundessicherheitsbehörden (BfV, BKA) in Berlin konzentriert werden.

Dies dient der besseren Effizienz und Effektivität der Bundesregierung, insbesondere in Sicherheitsfragen. Es schafft zugleich zusätzliche qualifizierte Arbeitsplätze in erheblichem Umfang und stärkt den Wirtschaftsstandort Berlin durch zusätzliche Investitionen und vor allem durch zusätzliche Konsumnachfrage.

**Beschluss:**

Überweisung an Senat

**Änderungsantrag zu Antrag Nr. 47/II/05 in der Fassung der AK**

Ergänze nach .....“keine Interviews zu geben.“:

Wir sehen jede Form der Zusammenarbeit mit der „Jungen Freiheit“ als Partei schädigendes Verhalten an“

**Beschluss:**  
Ablehnung

**Initiativantrag Nr. 01**

Eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften  
(FA „Stadt des Wissens“ / AG Schule u.a.)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Den Parteitagsbeschluss vom 9. April 05 zur Werteerziehung umsetzen!

Der Landesvorstand und die Fraktion des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert sicherzustellen, dass der Parteitagsbeschluss zur Werteerziehung und Werteorientierung vom 9. April 2005, insbesondere hinsichtlich der Einführung des Faches Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER), inhaltlich vollständig umgesetzt wird.

Dazu ist es notwendig:

- a) den vom Bildungssenator vorgelegten Gesetzentwurf einschließlich seiner Begründung entsprechend zu erweitern. Neben Fragen der Ethik sind die Bedeutung der individuellen, verantwortungsbewussten Lebensgestaltung und die Notwendigkeit einer fundierten Religionskunde für ein tolerantes Zusammenleben in einer internationalen Metropole wie Berlin herauszustellen. Diese Programmatik muss in dem Namen des Faches Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER) zum Ausdruck kommen.
- b) der Rahmenlehrplanentwurf Ethik, wie er am 15.10.2005 vorgelegt wurde, muss inhaltlich um die Bereiche „Konstruktion und Verfolgung eigener Lebensentwürfe“ (Lebensgestaltung), „Verständnis für Religionen und Religiosität“ (Religionskunde) sowie interkulturelles Zusammenleben erweitert werden. Eine mit entsprechenden Fachwissenschaftlern besetzte Rahmenplankommission ist neu einzuberufen.  
Methodisch muss das Fach zum Kompetenzerwerb schwerpunktmäßig vertiefend handlungsorientiert (statt überwiegend kognitiv) ausgerichtet sein, damit die Schülerinnen und Schüler die notwendige Dialogfähigkeit für ein respektgetragenes Zusammenleben sich auf Dauer aneignen.
- c) Das Fach LER bedeutet eine Ausweitung des Unterrichts im gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereich. Die Wochenstundenzahl in diesem Lernbereich ist dementsprechend zu erhöhen. Eine Reduzierung der sozialkundlich-politischen Bildung oder anderer Fächer zugunsten von LER ist nicht akzeptabel.
- d) Die Lehrkräfte für das neue Fach sind in einer umfassenden Weiterbildung in den Bereichen Sozialwissenschaften, Lernpsychologie, Philosophie, Religionswissenschaft und interkulturelle Erziehungswissenschaft auf die anspruchsvolle Aufgabe vorzubereiten.

**Beschluss:**

Absatz 1 (bis wird.): Annahme

Gesamter Rest: Überweisung an Abgeordnetenhaus Fraktion

**Initiativantrag Nr. 02**

(Eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften)

Kreis Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert zeitgerecht zu prüfen, ob die Verträge zum Abriss des Palastes der Republik tatsächlich bereits im Dezember dieses Jahres geschlossen werden müssen oder ob es nicht unter Berücksichtigung des Beschlusses des Deutschen Bundestages eine Möglichkeit für ein Moratorium des Gebäudes bis zur Entwicklung eines Konzeptes für die Nutzung einschließlich Finanzierung gibt.

**Beschluss:**

Annahme i.d.F.d.AK:

Der Senat wird aufgefordert, zeitgerecht zu prüfen, ob die Verträge zum Abriss des Palastes der Republik tatsächlich bereits im Dezember dieses Jahres geschlossen werden müssen oder ob nicht unter Berücksichtigung des Beschlusses des Deutschen Bundestages ein Moratorium für den Abriss des Gebäudes bis zur Entwicklung eines Konzeptes für die Nutzung einschließlich Finanzierung sinnvoll ist.

**Initiativantrag Nr. 03**

(Eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die finanzielle Förderung des Berufsfußballes ist keine öffentliche Aufgabe. Der Senat wird deshalb aufgefordert, die finanzielle Unterstützung für Herta BSC zu unterlassen – gleichviel, ob es sich dabei um Zuwendungen oder Einnahmeverzichte oder andere Formen der Belastung für Berlin handelt. Schon gemachte Absichtserklärungen sind zurückzunehmen.

**Beschluss:**

Überweisung an Landesvorstand und Forum Sport